

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Karlheinz Dürr
Die „Britische Krankheit“

Dörte Rasch
„Changement“ –
Kontinuität trotz Wandel
im sozialistischen Frankreich

Peter Lösche
Thesen zum amerikanischen
Konservatismus

ISSN 0479-611 X

B 49/82
11. Dezember 1982

Karlheinz Dürr, Dr. rer. soc., geb. 1947; kaufmännische Lehre, Hochschulreife auf dem Zweiten Bildungsweg; Studium der Politischen Wissenschaft und der Anglistik in Tübingen und Konstanz; seit 1980 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen, Projektgruppe Politische Bildung.

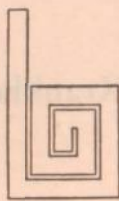
Veröffentlichungen: Konflikt und Kooperation. Die Situation der Arbeitsbevölkerung, das System der Arbeitsbeziehungen und die Strategien der Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien in den 1970er Jahren, Frankfurt/M. 1981; Politische Bildung: Rückkehr zur Institutionenkunde?, in: Die Berufsbildende Schule, 11/1981.

Dörte Rasch, geb. 1950; 1973—1978 Studium der Politischen Wissenschaft in Hamburg; 1979—1981 Studium an der Ecole Nationale d'Administration in Paris und Forschungsaufenthalt in Frankreich; 1981 Freie wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen/München; seit 1982 außenpolitische Redakteurin beim „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ und Lehrbeauftragte am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen: Das Dezentralisierungsprogramm der Regierung Mauroy und seine Auswirkungen auf die französische Wirtschaftspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen/München, Juni 1982, sowie zahlreiche Artikel zum Themenbereich Frankreich.

Peter Lösche, Dr. phil., geb. 1939; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft, Philosophie und Geographie in Berlin, Göttingen und den Vereinigten Staaten; 1969—1971 Kennedy Memorial Fellow, Harvard University; seit 1973 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.

Veröffentlichungen u. a.: Industriegewerkschaften im organisierten Kapitalismus. Der CIO in der Roosevelt-Ära, Opladen 1974; Anarchismus, Darmstadt 1977; Politik in USA, Opladen 1977.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die „Britische Krankheit“

Krisenphänomene und Lösungsstrategien

Einleitung

Großbritannien erlebt gegenwärtig eine der tiefsten Rezessionen seiner Wirtschaftsgeschichte. War schon in der gesamten Nachkriegsperiode die Entwicklung des Landes durch stagnierendes Wirtschaftswachstum, geringe Produktivität, veraltetes Produktivkapital, hohe Handelsbilanzdefizite, hohe Staatsverschuldung, rapiden Währungsverfall und konfliktorientierte Arbeitsbeziehungen gekennzeichnet, so ist doch die Rasanz, mit der sich dieser Abstieg in den letzten Jahren fortsetzte, erstaunlich. Die Gefahr, daß dieses einst hochentwickelte und führende Industrieland auf „den Stand eines Entwicklungslandes“¹⁾ reduziert werden könnte, nimmt vor diesem Hintergrund konkrete Gestalt an.

Es ist undenkbar, daß irgendeine Nation solche gravierenden Veränderungen ohne soziale und politische Spannungen übersteht; dies wäre ja ein Anzeichen für den völligen Verlust der selbstkorrigierenden Fähigkeiten eines Gesellschaftssystems. Daher stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die permanent erscheinende Wirtschaftskrise auf die gesellschaftlichen und politischen Strukturen und Institutionen hat.

Greift man willkürlich einige aktuelle Phänomene der britischen Gegenwartsgesellschaft heraus, so zeigt sich bereits hier, wie sehr die krisenhaften Entwicklungen miteinander verflochten sind und sich gegenseitig bedingen.

Die schweren Jugend- und Rassenunruhen beispielsweise, die die Großstädte im Sommer 1981 erschütterten, sind ohne das katastrophale Ausmaß der Arbeitslosigkeit, die Perspektivlosigkeit der Jugend, die wachsenden Rassenprobleme, die zunehmende Verelendung ganzer Bevölkerungsteile undenkbar. Aber auch Erfolgsmeldungen, wie der Wieder-

aufstieg der Londoner „City“ zum wichtigsten Finanzzentrum der Welt und die unglaublichen Gewinne, die dort insbesondere in den letzten Jahren erwirtschaftet wurden²⁾, sind paradoxerweise mit dem Verfall der britischen Industrie verknüpft. Die britische Großfinanz war nämlich aufgrund des kolonialen Erbes seit jeher besonders stark auf die internationalen Finanzmärkte orientiert. Kapitalexport und Auslandsinvestitionen solchen Ausmaßes ließen sich jedoch nur unter Vernachlässigung der Inlandsinvestitionen verwirklichen; der daraus resultierende deutliche Interessengegensatz zwischen „finance“ und „industry“ muß auch heute noch als ein wesentliches Problem aufgefaßt werden.

Der Verfall etablierter Wertestrukturen, der mit den ökonomischen und sozialen Krisenhaftigkeiten einhergeht, setzt sich im Verfall der politischen Kultur des Landes fort. Apathieproblem und politische Indifferenz ganzer Bevölkerungsteile können zwar — wie anlässlich des Falkland-Kriegs — kurzfristig zurücktreten. Die komplexen sozio-ökonomischen Krisenentwicklungen, die z. B. in der Krise des Parteiwesens, sichtbar vor allem als innerparteiliche Demokratiedefizite, in der Antiquiertheit des britischen Parlamentarismus und der zunehmenden ideellen und materiellen Polarisierung der Bevölkerung weiterwirken, lassen aber eine drohende Möglichkeit offenkundig werden: Den Zusammenbruch des gesamtgesellschaftlichen Konsenses — einer historisch seit über einem Jahrhundert gewachsenen und (scheinbar) in sich

²⁾ Londons „City“ ist gegenwärtig sowohl für Dienstleistungen im Versicherungs- und Finanzsektor wie auch für Fremdwährungstransaktionen noch vor New York das wichtigste Zentrum der Welt; allein ein Viertel der weltweiten Bankgeschäfte werden in London abgewickelt. (Vgl. Daily Mail, 4. 8. 1982).

¹⁾ Vgl. Der Spiegel, Nr. 6, 1979, S. 153.

gefestigten Grundordnung, deren Prinzipien Mäßigung, Toleranz und Achtung vor Recht

und Gesetz lange Zeit als unerschütterlich galten.

I. Die Ursachen der Krisen

Seit 1974 macht das Wort von der „Zweiten Weltwirtschaftskrise dieses Jahrhunderts“ (Helmut Schmidt) die Runde. Dahinter steht die Erkenntnis, daß der übliche Zyklus von Wachstums- und Rezessionsphasen unterbrochen ist, daß ökonomische Krisenphänomene erstmals seit 50 Jahren wieder mit weltweiter Gleichzeitigkeit auftreten.

Für Großbritannien allerdings stellt sich diese Situation etwas anders dar als für die übrigen Industrieländer. Die britische Ökonomie sieht sich schon seit Jahrzehnten in einem Teufelskreis gefangen, in dem das Zusammenwirken und die intensive gegenseitige Vernetzung historischer, gesellschaftlicher, ökonomischer und systemimmanenter Ursachenfelder zu verfestigten Krisenhaftigkeiten geführt haben, an denen bislang jeder Lösungsversuch gescheitert ist.

Der vorliegende Aufsatz zielt deshalb darauf ab, in einem ersten Schritt die Hintergründe dieser Ursachenfelder zu beleuchten, deren Kenntnis für das Verständnis der in den übrigen Abschnitten dargestellten Situation des Landes sowie des konservativen Krisenbewältigungsversuches unabdingbar ist.

1. Historische Ursachen

Die frühe Industrialisierung, der Erfolg traditioneller Industrien, die ständige Verfügbarkeit billiger Rohstoffe und Nahrungsmittel aus den Kolonien wie auch die leichte Zugänglichkeit kolonialer Absatzmärkte hatten schon im letzten Jahrhundert zur Folge, daß neue Technologien in Großbritannien vernachlässigt wurden, die Investitionen zurückgingen und das wirtschaftliche Wachstum sich verlangsamte. Rationalisierung und Modernisierung unterblieben aber auch aufgrund der fortgesetzten Verfügbarkeit billiger menschlicher Arbeitskräfte durch verstärkte Einwanderungen aus Irland. Die zunehmende Industrialisierung anderer Nationen (USA, Frankreich, Deutschland) führte zur Flucht der bequem ge-

wordenen britischen Exportwirtschaft aus dem härter werdenden Wettbewerb in Europa in die leichter zugänglichen Märkte, vor allem Indiens und Lateinamerikas. Auch auf dem völlig ungeschützten britischen Binnenmarkt wurde die einheimische Industrie bald in die Defensive gedrängt.

So setzte schon in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts der wirtschaftliche Abstieg des Landes ein. Großbritanniens Anteil an der Weltproduktion von Industriegütern fiel rapide von 32% im Jahre 1870 auf 14% im Jahre 1913³⁾. Mit der Zunahme der Handelsbilanzdefizite durch die Verlangsamung der Exporttätigkeit wuchs die Bedeutung der weltweit aktiven Hochfinanz und des Kapitalexports, der durch fallende Profitraten im Inland und steigende oder zumindest sicherer erscheinende Profite im Ausland gefördert wurde. Die Konzentration des Kapitals auf das Ausland verbaute der inländischen Industrie den Zugang zu den für seine Regeneration notwendigen Krediten.

Auch in der Zwischenkriegszeit setzte sich der wirtschaftliche Niedergang Englands fort. Die Umwandlung des Empire in ein in seinen Zielsetzungen kaum definiertes „Commonwealth of Nations“ und die Etablierung der „Sterling-Zone“ wirkten sich bald zuungunsten des Mutterlandes aus, da mit der wachsenden Unabhängigkeit der Commonwealth-Länder und mit dem zunehmenden Einbruch anderer Industrienationen in diese Märkte die Handelsbeziehungen zwischen den ehemaligen Kolonien und Großbritannien gelockert und die Englands Exportwirtschaft begünstigenden Handelspräferenzen abgebaut wurden. Aufgrund der hohen Kriegsschuldung Großbritanniens, der Rolle Londons als Bankier der Sterling-Länder und der kurzfristigen Bewegungen der sogenannten „Sterling-Balances“ ergaben sich weitere Probleme.

³⁾ Vgl. Andrew Glyn, Bob Sutcliffe, *British Capitalism, Workers and the Profits Squeeze*, Harmondsworth 1972, Tab. 2.1., S. 17.

Neben diesen Auswirkungen des imperialen Erbes, die sich in einer Schwächung der Finanz- und Wirtschaftskraft niederschlugen, resultierten auch nach 1945 das Festhalten an veralteten Produktionsformen und an „traditionellen britischen Industrien“ (Bergbau, Eisen, Stahl, Textilien), die fehlenden Inlandsinvestitionen und die allgemeine Kapitalknappheit in der „Vergreisung“ des Produktivkapitals und in einer überholten Industriestruktur. Die verfrühte, freiwillige Beendigung der Marshallplan-Hilfe und vor allem aber der Versuch, den Weltmachtstatus durch übersteigerte Rüstungsanstrengungen zu wahren, erwiesen sich in jenen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung so entscheidenden Jahren als wesentliche Belastung. Der seit dem Beginn des wirtschaftlichen Abstiegs immer deutlicher zutage tretende Widerspruch zwischen Hegemoniestreben und ökonomischem Potential blieb deshalb auch nach 1945 ungeklärt und mußte sich mit der zunehmend krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung zwangsläufig verschärfen. Fehlentwicklungen, die durch die langjährige Ausrichtung auf die USA und den pazifischen Raum (Commonwealth) und durch die Selbstisolierung von den westeuropäischen Integrationsbestrebungen ausgelöst worden waren, konnten durch den verzögerten Beitritt der Briten zur Europäischen Gemeinschaft nicht ausgeglichen werden.

Die 1974 einsetzende weltweite Rezession traf in Großbritannien auf ein geschwächtes, seiner Kraftreserven längst beraubtes Wirtschaftssystem. Gemessen an der Wirtschaftsleistung pro Kopf war das Land schon 1977 auf den 23. Platz unter den 25 reichsten Nationen (einschließlich Ölförderländer) zurückgefallen. Die seit 1960 fast permanent defizitäre Zahlungsbilanz weist erst seit wenigen Jahren durch eigene Ölförderung und -export wieder Überschüsse aus; 1975/76 konnte nur durch massive Stützungskredite des IMF der Staatsbankrott abgewendet werden. Das Pfund Sterling verlor seit 1949 gegenüber der Deutschen Mark fast drei Viertel seines Wertes. Allein zwischen 1975 und 1981 sank die Kaufkraft des Pfundes durch Preissteigerungen um 57 %.

Außenpolitisch führte der Verlust der Weltmachtposition und des Empire insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg zu weitgehender

Orientierungslosigkeit. Vom Weltmachtanspruch, der mit Hilfe der „special relationship“ zu den Vereinigten Staaten bis zum Suez-Debakel von 1956 — weit länger als ökonomisch und politisch vertretbar — aufrechterhalten werden konnte, blieb nach der Abschwächung dieser Sonderbeziehungen seit Beginn der sechziger Jahre nur noch die „imperiale Pose“⁴⁾, die sich hauptsächlich auf die unter hohen Kosten beibehaltene militärische Stärke und Präsenz an vielen strategisch wichtigen Punkten der Welt, auf die Funktion des Pfund Sterling als eine internationale Reservewährung sowie auf die weltweite Bedeutung der Londoner „City“ als Finanzzentrum stützte.

Der Konflikt um die Falkland-Inseln hat jedoch erneut bewiesen, daß diese „imperiale Pose“ noch immer von einem großen Teil der britischen Bevölkerung als legitime Grundhaltung Großbritanniens angesehen wird. Die unerbittliche Entschlossenheit, mit der London diesen Konflikt weit über die Bedeutung des Anlasses hinaus eskalieren ließ, stützte sich eben nicht nur auf die Mittel- und Oberklassen und damit auf die üblicherweise als Artikulationsträger der „öffentlichen Meinung“

INHALT

Einleitung

- I. Die Ursachen der Krisen
- II. Der Krisenbewältigungsversuch der Konservativen
Die Wirtschaftspolitik der Regierung Thatcher
Die Lohn- und Gewerkschaftspolitik der Regierung Thatcher
- III. Die sozialen Probleme
- IV. Veränderungstendenzen im politischen System

Schlußbetrachtung

fungierenden Bevölkerungsteile, sondern fand auch und gerade in den unteren Schichten breite Zustimmung.

⁴⁾ Vgl. Tony Burkett, Großbritanniens gesellschaftliches Dilemma: Evolution und Verfall, in: Europa-Archiv, Folge 5, 1976, S. 158.

2. Systemimmanente Ursachen

Dieser Rückfall in die frühere Selbstherrlichkeit paßt jedoch ins Bild. Was auch heute noch gelegentlich als „Stabilität“ britischer politischer Institutionen gepriesen wird⁵⁾, ist so wohl eher Kennzeichen und Ausdruck einer Inflexibilität, die dazu geführt hat, daß die politische Praxis Großbritanniens an nicht mehr existenten Bedingungen orientiert ist, daß der grundlegende ökonomische, politische und soziale Wandel seit dem Ende des 19. Jahrhunderts von den politischen Institutionen nicht nachvollzogen wurde.

Dazu gehört beispielsweise der Zentralismus, der vor dem Hintergrund zunehmenden nationalen Selbstverständnisses der nicht zum angelsächsischen Volksstamm gehörenden Bevölkerungsteile (Schotten, Waliser, Iren) einerseits wie auch der nach mehr Selbstbestimmung strebenden Kommunal- und Grafchaftsorgane andererseits von London aus mit Vehemenz verteidigt wird, obwohl die Differenzierung des politischen Lebens längst die wachsende Diskrepanz zwischen zentralen Entscheidungen und ihrer lokalen bzw. regionalen Durchsetzbarkeit zum politischen Problem hat werden lassen.

Mangelnde Flexibilität zeigt sich aber auch im Parlamentarismus. War das britische Unterhaus immer schon — im Gegensatz zum bundesdeutschen „arbeitenden“ Parlament — primär ein Diskussionsforum, dessen Funktionsweise seine Entwicklungsgeschichte aus wirtschaftlichen Interessenpositionen und gesellschaftlichen Macht- und Einflußverhältnissen reflektiert, so zeigt sich in der Gegenwart durch die Tendenz der Regierungen zum „politischen Management“ die Reduktion des politischen Gewichts des Unterhauses besonders deutlich.

Das Faktum häufig, ja regelmäßig wechselnder Regierungen⁶⁾ — politikwissenschaftliches Paradigma des stabilen Demokratieverständ-

⁵⁾ „Noch immer läßt sich am Beispiel Englands eine stabile, von einem tiefgreifenden Konsensus der Bevölkerung getragene parlamentarische Demokratie vorführen“ (Vgl. K. Sontheimer, Das politische System Großbritanniens, München 1972, S. 13).

⁶⁾ Seit 1945 standen die beiden großen Parteien fast gleich lange in der Regierungsverantwortung: Labour: 1945—1951, 1964—1970, 1974—1979; Konservative: 1951—1964, 1970—1974, seit 1979.

nisses einer mündigen Wählerschaft — zeigt sich bei Betrachtung seiner konkreten Folgen ebenfalls als höchst problematisches Phänomen. In der Verstaatlichungsfrage beispielsweise verursachte der häufige Machtwechsel eine Schaukelbewegung zwischen Verstaatlichung und Reprivatisierung, die sich mit Sicherheit weder auf die Struktur noch auf die Effizienz und Investitionstätigkeit der betroffenen Industrien und Unternehmen positiv auswirkte⁷⁾. Über der Durchsetzung ideologischer Grundsatzpositionen werden hier die konkreten Probleme ganzer Industriebereiche grob vernachlässigt. Hier führt in der Tat die negative Dynamik des permanenten Kurswechsels jede zukunftsorientierte Politik ad absurdum.

Doch nicht nur im politisch-administrativen, sondern auch im ökonomischen System ist die Versteinerung von Strukturen und Abläufen weit fortgeschritten und wohl direkt für Ineffizienz, Fehlentwicklungen und mangelnde Perspektive verantwortlich zu machen. Wie noch zu zeigen sein wird, ist dies im System der Arbeitsbeziehungen besonders evident, wird aber auch im bereits erwähnten Spannungsverhältnis zwischen Finanzwelt und Industrie sichtbar.

3. Gesellschaftliche Ursachen

Traditionalismus und Konservatismus bestimmen auch die Grundzüge der britischen Gesellschaft. Ein die frühindustriellen Gesellschaftsstrukturen reflektierendes Klassensystem, dessen Oberschicht sich mit Hilfe linguistischer Muster („Oxford accent“) und elitärer Privatschulen (paradoxiertweise „public schools“ genannt) und Universitäten (Oxford, Cambridge) ständig der fortgesetzten Kon-

⁷⁾ Das beste Beispiel hierfür ist die Stahlindustrie, die 1946 von der ersten Labour-Mehrheitsregierung verstaatlicht, von den Konservativen 1953 reprivatisiert, von Labour 1967 erneut verstaatlicht und dabei so umstrukturiert wurde, daß eine erneute Reprivatisierung unmöglich schien. Auch die konservative Regierung Thatcher leitet seit 1979 wieder eine Reprivatisierungswelle ein, mit der ein Teil der seit 1974 von Labour durchgeführten Verstaatlichungsmaßnahmen (Luftfahrtindustrie; Beteiligungen der staatlichen Holding-Gesellschaft NEB etc.) wieder rückgängig gemacht werden sollen. Ihrer marktwirtschaftlichen Prämisse getreu will sich die Regierung dabei vor allem von profitablen Unternehmen (Nordseeöl; Telefondienst) trennen.

trolle der führenden Positionen in Wirtschaft, Verwaltung und Politik versichert, beschränkt das Führungspotential auf relativ kleine Gruppen, behindert vertikale Mobilität, Leistungsmotivation und Wettbewerb und führt so zu Inkompetenz und Arroganz in den Leitungsgremien von Industrie und Wirtschaft⁸⁾.

Dieser elitäre Charakter der britischen Gesellschaft ist in jeder größeren Stadt im Kontrast zwischen Elendsbehausungen und elegantesten, mondänen Wohnbezirken offenkundig; er wird ferner deutlich in der Exklusivität von Lebensstil und sozialer Interaktion, die in Nobelkarossen und Clubzugehörigkeiten ihren äußeren Ausdruck finden. Dem zugrunde liegt eine inegalitäre Einkommens- und Vermögensverteilung: 10 % der Bevölkerung besitzen fast zwei Drittel des gesamten persönlichen Vermögens, während sich 90 % der Bevölkerung das verbleibende Drittel teilen (1975).

Es ist nicht übertrieben, angesichts der ungleichen Verteilung des persönlichen Reichtums⁹⁾ von einem „Two-Nations“-Charakter der britischen Gesellschaft zu sprechen. Eine Tendenz zur Nivellierung, die verschiedentlich reklamiert wird¹⁰⁾, ist allenfalls innerhalb der Gruppe der reichsten 20 % der Bevölke-

rung zu erkennen, und zwar insofern, als eine gewisse Verschiebung des Vermögens von den Superreichen zu den Reichen erfolgt. Vier Fünftel der Bevölkerung partizipieren allerdings nicht an dieser Umverteilung.

Im internationalen Vergleich zeigt sich die Ungleichheit der Vermögensverteilung besonders deutlich: Während 1970¹¹⁾ die reichsten 1 % der Bevölkerung einen Anteil von 30 % am Volksvermögen hatten, betrug dieser Anteil in der Bundesrepublik beispielsweise 19%, in Frankreich 12,5%¹²⁾.

Diese Ausführungen mögen genügen, um deutlich zu machen, daß die britische Elite klarer als anderswo durch Bildung, Vermögen, Einfluß, Position und Namen abgegrenzt ist. Sie ist gekennzeichnet durch mangelnde Durchlässigkeit, schichtenspezifische Abkapselung und ein relativ hohes Maß an Solidarität. Selbst im Sprachgebrauch ist das Wort „Class“ — anders als in der Bundesrepublik — keineswegs verpönt.

In dieser Gesellschaftsformation erstreben selbst die unteren Schichten ohne systemverändernde Absichten ihre volle Integration in die nächsthöhere Schicht und leisten so einen ständigen Beitrag zur Konservierung antiquierter Strukturen.

II. Der Krisenbewältigungsversuch der Konservativen

Im Mai 1979 gewann die konservative Partei mit Margaret Thatcher an der Spitze durch einen Erdrutschsieg über die zuletzt glücklos agierende Labour-Regierung unter Callaghan die Unterhauswahlen.

⁸⁾ Eine „public school“-Bildung haben beispielsweise rund zwei Drittel der Richter und mehr als die Hälfte der Führungskräfte der 100 größten Unternehmen.

⁹⁾ Jeweilige Anteile der reichsten 1 %, 5 %, 10 %, 20 % der Bevölkerung am geschätzten persönlichen Gesamtvermögen: 23,2 %, 46,5 %, 62,4 %, 81,8 %. (Quelle: Royal Commission on the Distribution of Income and Wealth, Report No. 5: Third Report on the Standing Reference, Cmnd. 6999, (HMSO) London 1977, Tabelle 28, S. 70).

¹⁰⁾ Vgl. Lydall/Tipping, *The Distribution of Personal Wealth in Britain*, in: A. B. Atkinson (ed.), *Wealth, Income and Inequality*, Harmondsworth 1973, S. 243, sowie: Royal Commission on the Distribution of Income and Wealth, Report No. 5, a. a. O., § 169, S. 74.

Das Programm der neuen Regierung Thatcher basierte auf der Überzeugung, daß nur eine Radikalkur den Niedergang der Ökonomie aufhalten und eine Gesundung einleiten könne. Getragen wurde dieses Programm von zwei Säulen: Erstens der monetaristischen Theorie, die von Milton Friedman nicht zuletzt mit Blick auf die wirtschaftlichen Probleme Großbritanniens propagiert und von den Rechtskonservativen um Margaret Thatcher als letztlich einzige Lösungsmöglichkeit akzeptiert

¹¹⁾ Neuere, verlässliche Zahlen sind gegenwärtig nicht verfügbar. Auf diesem Gebiet herrscht eine beträchtliche statistische Dunkelheit.

¹²⁾ Quelle: Alan Harrison, *The Distribution of Wealth in Ten Countries*, Background Paper to Report No. 7, Royal Commission on the Distribution of Income and Wealth, (HMSO) London, 1979.

worden war¹³⁾. Die zweite Säule sah man in einer radikalen Beschneidung der Gewerkschaftsmacht und in einer umfassenden Reform der Arbeitsbeziehungen.

1. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Thatcher

Traditionell niedrige Wachstumsraten und geringe Investitionsneigung, zu hoher Kapitalexport, übersteigerte Rüstungsausgaben, eine — auch zu Zeiten der sogenannten Vollbeschäftigung — relativ hohe Sockelarbeitslosigkeit und eine labile Währung kennzeichneten die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens mindestens seit Anfang der sechziger Jahre. Gleichzeitig wurde durch die Expansion wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und des Gesundheits- und Bildungswesens die Staatsquote in die Höhe getrieben; Verstaatlichungsmaßnahmen reduzierten die Bedeutung des privaten Sektors; die Technologisierung der Produktion und der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft führten dazu, daß heute der Sekundärsektor nur noch 39 % (zum Vergleich: Bundesrepublik 45 %), der Tertiärsektor jedoch 59 % (Bundesrepublik: 52 %) der Bruttowertschöpfung ausmachen.

Konfliktorientierte Arbeitsbeziehungen führten zur Zunahme der Streikaktivität, besonders der wilden Streiks. Die wachsende Macht der militanten Basisgruppen und der organisierten Arbeit insgesamt schlug sich in zeitweise stark überhöhten Lohnsteigerungsraten nieder. Zugleich blieb die Arbeitsproduktivität durch restriktive Arbeitspraktiken, hartnäckige Verteidigung bestimmter berufsspezifischer Privilegien und Veralterung des Produktivkapitals weit hinter der anderer Länder zurück.

a) Grundzüge des Monetarismus

Die keynesianische Wirtschaftspolitik war in Großbritannien angesichts der sich mehrenden Krisenzeichen schon seit Beginn der siebziger Jahre modifiziert worden. Insbesondere hatte die immer deutlicher werdende Wirkungslosigkeit staatlicher Nachfragesteue-

rung zum Rückgriff auf die Galbraithschen Empfehlungen von Lohn-, Preis- und Dividendenkontrollen, schließlich aber auch zu ersten Versuchen der Regierungen Heath und Callaghan geführt, das Geldmengenwachstum und das Zinsniveau zu kontrollieren. Hinter dem Keynesianismus der Wirtschaftspolitik wurden damit schon vor Jahren die Elemente einer anderen Konzeption sichtbar¹⁴⁾.

Kritiker wie der amerikanische Ökonom Milton Friedman werfen dem keynesianischen Ansatz vor, lediglich kurzfristige Reaktionen auf langfristig wirksame Probleme anbieten zu können. Ziel müsse vielmehr der Übergang zu einer auf lange Sicht stabileren ökonomischen Ordnung sein.

Friedmans gemeinhin als „Monetarismus“ bekannte Lehre basiert auf dem Kernsatz der Quantitätstheorie, daß die Geldmenge das Preisniveau bestimme. Inflation ist damit für die Monetaristen immer und überall ein monetäres Problem, das aus dem im Vergleich zur Produktion überhöhten Geldmengenwachstum resultiere¹⁵⁾. Auf dieser Grundlage gab Friedman zur Gesundung der britischen Wirtschaft drei zentrale Empfehlungen:

- rigorose Kontrolle der Geldmenge
- Verringerung des Staatsanteils
- Freistellung von Ressourcen für den privaten Sektor.

Als Randerscheinungen dieser Politik müßten dabei eine temporäre Verlangsamung des ökonomischen Wachstums sowie ein „natürliches Maß an Arbeitslosigkeit“ in Kauf genommen werden. Dabei setzt Friedman voraus, daß das angestrebte stabile ökonomische System langfristig quasi automatisch zur Vollbeschäftigung tendiere, wobei der Lohnmechanismus aufgrund des Beziehungsgefüges zwischen Lohnkosten und Beschäftigung diesen Anpassungsprozeß steuere¹⁶⁾. Weitere wirtschafts-, konjunktur- oder einkommenspolitische Maßnahmen seien überflüssig.

¹⁴⁾ Galbraiths Name kann in dieser Beziehung als Kennzeichnung des Übergangs von der keynesianischen zur monetaristischen Wirtschaftspolitik in Großbritannien stehen.

¹⁵⁾ Vgl. Friedman, zit. in Frazer, a. a. O., S. 527; *lerner*: The Observer, 26.9. 1982, S. 24 („Friedman on Thatcher“).

¹⁶⁾ Vgl. Dokumentation: Öffentliche Erklärung gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Thatcher, in: Hefte für Politische Ökonomie, H. 3, 1981, S. 41.

¹³⁾ Vgl. Milton Friedman, *From Galbraith to Economic Freedom*, London 1977; William Frazer, Milton Friedman and Thatcher's Monetarist Experience, in: *Journal of Economic Issues*, Vol. XVI, No. 2, June 1982.

b) *Wirkungen des monetaristischen Experiments der Regierung Thatcher*

Der Versuch der Konservativen, durch die Umsetzung der monetaristischen Theorie in die Praxis eine grundsätzliche ökonomische Wende einzuleiten, hatte — vereinfacht ausgedrückt — zum Ziel, die ökonomische Steuerungsfunktion des Staates zu reduzieren, Innovation, Unternehmergeist und Effizienz zu fördern und mittelfristig ein relativ rapides, nicht-inflationäres Wachstum zu erreichen.

Im einzelnen umfaßt das Programm der Regierung Thatcher folgende Kernpunkte:

- Verschärfte Kontrolle der Geldpolitik und Drosselung des Geldmengenwachses durch die Erhöhung der Bankrate einerseits und die Kürzung der Staatsausgaben andererseits (Einsparungen im Sozial- und Bildungsbe- reich; Abbau der Personalausgaben im öffentlichen Sektor; Begrenzung des Kapitalbedarfs der nationalisierten Industrien);
- Reprivatisierung eines Teils der verstaatlichten Industrien;
- Stärkung des Außenwertes der Währung;
- Förderung und Ermutigung der privaten Investitionstätigkeit durch steuerliche und regionalpolitische Maßnahmen;
- Erhöhung der Produktivität durch Beseitigung restriktiver Arbeitspraktiken und Beschneidung der Gewerkschaftsmacht¹⁷⁾.

Die Radikalität, mit der die Regierung Thatcher diesen Zielkatalog zu verwirklichen sucht, löste in der britischen Wirtschaft einen Schock aus. Dem Vorwurf dogmatischer Inflexibilität, der ihr nicht nur von der Opposition, sondern auch von Teilen der eigenen Partei sowie insbesondere vom — konservativen Regierungen gegenüber sonst stets freundlich gesinnten — Industriedachverband CBI gemacht wird, hält die Regierung den Verweis auf die erwarteten Langzeitwirkungen ihres „austerity“-Programms entgegen: Die gegenwärtige Verschärfung der rezessiven Tenden-

zen sei als „Reinigungskrise“ geradezu die Voraussetzung für eine zukünftige gesunde und inflationsfreie Wirtschaftsentwicklung.

Im Hinblick auf die spätestens für Ende 1983 zu erwartenden Unterhauswahlen muß sich das monetaristische Experiment angesichts des primär von ökonomischen Fragen determinierten Wahlverhaltens der Briten allerdings an seinen bis dahin sichtbaren Erfolgen bzw. Mißerfolgen messen lassen. Der gegenwärtig immer häufiger erhobene Vorwurf des Fehlschlags dieser Politik basiert dabei auf folgenden Begründungen:

— Der Versuch, den Geldmengenwuchs unter Kontrolle zu bekommen und damit die Kernforderung des monetaristischen Ansatzes zu verwirklichen, kann als gescheitert bezeichnet werden¹⁸⁾.

— Die programmgemäß herbeigeführte Hochzinspolitik trieb das Zinsniveau zeitweise auf 15 %, doch mit den Folgen sinkender Inlandsnachfrage — insbesondere nach langlebigen Gebrauchsgütern — und teurer Kredite, die den Investitionswillen der Industrie abwürgen.

— Die Kürzung der Staatsausgaben fand nicht statt: Was im Sozial- und Bildungsbe- reich gestrichen wurde, kam der Verbesserung von „law and order“ im Innern und der Erhöhung der Verteidigungsanstrengungen zuge¹⁹⁾. Die nationalisierten Industrien wehrten sich erfolgreich gegen die ihnen vorgegebenen Kürzungen und Kreditbegrenzungen; Stahlindustrie und der Automobilkonzern British Leyland erhielten Rekordsubventionen. Die Staatsquote hat sich noch weiter erhöht.

— Das Wirtschaftswachstum blieb aus: Während in den sieben wichtigsten westlichen Industrienationen insgesamt das Bruttosozialprodukt zwischen 1978 und 1981 um 5,8 %

¹⁸⁾ Nachdem im ersten Fiskaljahr der Regierung Thatcher (April 79 — März 80) die Geldzufuhr noch innerhalb der Richtlinien geblieben war, liegt sie seither ständig um mehrere Prozentpunkte über dem gesetzten Limit. Für das Fiskaljahr 1981/82 lag der Geldmengenwuchs bei einer Zielprojektion von 6—10 % real bei 13 % (vgl. *The Economist*, 15—21 May 1982, S. 37f).

¹⁹⁾ Ersteres war notwendig, um die wachsende soziale Unruhe zu bekämpfen; letzteres wurde insbesondere durch den Falkland-Krieg, aber auch durch den NATO-Doppelbeschluß legitimiert.

¹⁷⁾ An diesem Regierungsprogramm sind zwei Punkte bemerkenswert: In Übereinstimmung mit Friedmans Lehre ignoriert dieser Zielkatalog die sozialen Folgekosten. Zum andern steht die Kontrolle der Geldmenge auch über das Zinsniveau in einem Gegensatz zum Monetarismus: Durch die von der britischen Notenbank offerierten hohen Zinssätze für langfristige Papiere wird die Anti-Inflationspolitik der Regierung ungläubwürdig.

wuchs, fiel es in Großbritannien im gleichen Zentrum um 2,2 %²⁰⁾.

— Nach der offiziellen Statistik stieg die Arbeitslosenquote von 5,7 % im Jahre 1979 auf 14 % im Sommer 1982, real auf 3,4 Millionen Menschen. Tatsächlich dürfte die Zahl der Erwerbslosen längst 4 Millionen überschritten haben.

Doch selbst jene Bereiche, in denen die Regierung Thatcher eindeutige Erfolge reklamiert, nehmen sich bei näherer Betrachtung eher als Mißerfolge aus:

So stabilisierte sich zwar der Außenwert des Pfund Sterling aufgrund des hohen Zinsniveaus und der damit angelockten Spekulationsgelder auf relativ hohem Niveau, doch mit verheerender Wirkung auf die Wettbewerbsposition der einheimischen Industrie²¹⁾.

Die Drosselung der Inflationsrate, die im Sommer 1980 noch bei knapp 22 % lag, auf nunmehr rund 9 % wird von vielen Experten nicht der monetaristischen Politik der Regierung, sondern den Faktoren Nordseeöl-Einnahmen, hoher Außenwert der Währung und damit verbilligte Importe zugeschrieben. Denn die verschärfte Import-Konkurrenz hindere die inländischen Anbieter, ihre Kostensteigerungen voll auf die Preise abzuwälzen.

Angesichts dieser Negativbilanz mag es müßig erscheinen, nach den Meriten dieser Wirtschaftspolitik zu fragen. Dennoch hat vermutlich gerade die Rigorosität bei der Durchsetzung der monetaristischen Theorie auch Entwicklungen eingeleitet, die langfristig zu strukturellen Verbesserungen in Teilbereichen der Wirtschaft führen könnten. So wurde durch den Abbau des umfangreichen Apparats von Preis-, Dividenden- und Devisenkontrollen die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen deutlich gestärkt. Die überhöhten Lohnzuwachsrate wurden gedrosselt, der Kostenfaktor Lohn ist volkswirtschaftlich wieder be-

rechenbarer geworden. Durch die Senkung der Spitzensteuersätze von 83 % auf 60 % wurde ein Signal für mehr Leistungsmotivation in den Führungsschichten der Wirtschaft gesetzt²²⁾. Positive Veränderungen im sozialen Klima, die sich aus dem Abbau restriktiver Arbeitspraktiken und der Renaissance der Begriffe Leistung und Effizienz, vor allem jedoch aus der verminderten Durchsetzungsfähigkeit der organisierten Arbeitnehmerschaft ergeben, werden von vielen Unternehmen für längst überfällige Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen genutzt, die die bislang unauffaltlich scheinende Veralterung des Produktivkapitals abbremsen könnten.

Dennoch lassen die vorstehenden Ausführungen — in vollem Bewußtsein der Problematik einer solchen Aussage zu diesem noch relativ frühen Zeitpunkt — angesichts der Verschärfung der Rezession nur ein Urteil zu: Die Umsetzung der monetaristischen Doktrin in die politische Realität ist insgesamt bislang nicht gelungen. Die Vertreter der „reinen Lehre“ werfen der Regierung vor, bei der Reduktion der Staatsausgaben und der Reprivatisierung eines Teils der verstaatlichten Industrien versagt und somit wesentliche Voraussetzungen für den Erfolg des monetaristischen Modells nicht geschaffen zu haben. Der Ruf nach einer Kehrtwende — aus der eigenen Partei wie aus der Wirtschaft — ist inzwischen unüberhörbar. Im Zusammenhang mit der außerordentlich starken Stellung britischer Premierminister im Kabinett muß Mrs. Thatchers dogmatische Inflexibilität in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten um so problematischer erscheinen, als ihr — nicht nur von ihren Gegnern! — relativ geringe Verständnissfähigkeit für die komplexen ökonomischen Zusammenhänge nachgesagt wird. Dabei darf nicht übersehen werden, daß auch ein Teil der mächtigen Whitehall-Bürokratie der monetaristischen Politik ablehnend gegenübersteht. Jedenfalls drängt sich die Frage auf, ob die Durchführung einer solchen — bislang völlig unerprobten und deshalb mit vielen Risiken verbundenen — Politik mit einer solchen Ri-

²⁰⁾ The Observer, 11. 7. 1982, S. 15. Geradezu katastrophal ist die Wirkung der monetaristischen Wirtschaftspolitik auf die Industrieproduktion, die 1981 unter den Stand von 1975 fiel (Vgl. auch: The Times, 21. 7. 1982).

²¹⁾ Exportorientierte Branchen finden ihre Produkte im Ausland aufgrund des hohen Wechselkurses nahezu unverkäuflich, während der britische Inlandsmarkt von billigen Importen erobert wird.

²²⁾ Allerdings kam diese Steuersenkung ausschließlich den Beziehern hoher Einkommen zugute und wurde anschließend durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 15 %, die die niedrigen Einkommen am stärksten belastet, gleich mehrfach wieder eingeholt.

gorosität und vor allem zu einem solchen, für Experimente denkbar ungünstigen Zeitpunkt politisch und ökonomisch überhaupt zu verantworten ist²³).

2. Die Lohn- und Gewerkschaftspolitik der Regierung Thatcher

Die Regierung Thatcher war mit dem erklärten Ziel angetreten, die Lohnzuwachsrate zu drosseln und die Macht der Gewerkschaften zu beschränken. Im Wahlkampf hatten diese Themen eine große Rolle gespielt — wie überhaupt in Großbritannien das Verhältnis zwischen Regierung und Gewerkschaften ein hochbrisantes Thema darstellt, das spätestens seit Mitte der sechziger Jahre jede Unterhauswahl beherrscht und wohl auch entschieden hat.

Die Brisanz dieses Themas ist vor allem zwei Faktoren zuzuschreiben: Einmal sind die zum Teil überhöhten Lohnzuwachsrate der vergangenen Dekade auf das chaotisch anmutende Kollektivverhandlungssystem und die konfliktorientierten Arbeitsbeziehungen insgesamt zurückzuführen, die bislang jeden lohnpolitischen Ansatz der verschiedenen Regierungen haben scheitern lassen. Zum anderen ist die Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens weit intensiver als die anderer Länder in einem zentralen Dilemma zwischen ökonomischen Systemzwängen und materiellen Interessen ihrer Basis befangen — eine Interessendivergenz, die sich mit der krisenhaften Entwicklung noch verschärft und zu einer Art „Parallel-Unionismus“ geführt hat²⁴). Dies galt in besonderem Maße unter den Labour-

Regierungen, ist doch die britische Gewerkschaftsbewegung historisch, politisch, finanziell und personell eng mit der Labour-Party verbunden²⁵).

a) Lohnpolitik und das System der Kollektivverhandlungen

Das britische System der Kollektivverhandlungen ist durch eine ungewöhnliche Komplexität gekennzeichnet. So unterscheidet sich nicht nur das die offiziellen Institutionen und Regeln umfassende „formale System“ deutlich vom tatsächlichen Verhalten der Beteiligten (dem „informalen System“), sondern die Verhandlungen finden sowohl auf nationaler bzw. industrieweiter Ebene zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden („zentralisierte Verhandlungen“) wie auch auf lokaler bzw. betrieblicher Ebene zwischen Management und Shop Stewards (gewerkschaftliche Vertrauensleute) statt („dezentralisierte Verhandlungen“). Schließlich muß auch in rechtlicher Hinsicht zwischen „freiwilligen“ und gesetzlich geregelten Verhandlungen unterschieden werden²⁶).

Aus dieser — durch die hier angeführten grundsätzlichen Differenzierungen in seinen vielfältigen Verästelungen noch lange nicht hinreichend beschriebenen — Komplexität des Verhandlungssystems ergibt sich eine Reihe von Problemen. Die Fragmentiertheit der Prozeduren erschwert, um nicht zu sagen: verhindert jede Form von zentral gesteuerter Lohnpolitik. Die gleiche Wirkung ergibt sich aus der Tatsache, daß die Lohnabkommen inhaltlich ungenau, unvollständig und zu weit gefaßt sind, um richtungsweisend zu fungieren; eine zeitliche Fixierung ist erst seit wenigen Jahren üblich. Darüber hinaus verschiebt sich langfristig der Schwerpunkt der Lohnverhandlungen immer mehr auf die — kaum kontrollierbare — lokale Ebene: In den meisten Industrien hat der Anteil der national/industrieweit ausgehandelten Lohnraten am effek-

²³) Friedman selbst, der noch 1980 das britische Experiment mit wohlwollenden Prognosen begleitet hatte (es seien nur geringe Produktions- und Beschäftigungsrückgänge zu befürchten, dafür aber günstige Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit), geht inzwischen merklich auf Distanz zur britischen Regierung, die er beschuldigt, die reine Lehre verwässert zu haben. Civil Service und Teile der Tory-Partei beschuldigt er, die Politik zu unterlaufen (vgl. *The Observer*, 26. 9. 1982).

²⁴) Zur Problematik dieser Divergenz zwischen einer staatsfixierten und als Ordnungsmacht verpflichteten Gewerkschaftsführung und der nach Durchsetzung kurzfristiger materieller Interessen strebenden, z. T. militanten Basis vgl. Karlheinz Dürr, *Konflikt und Kooperation*. Die Situation der Arbeitsbevölkerung, das System der Arbeitsbeziehungen und die Strategien der Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien in den 1970er Jahren, Frankfurt 1981.

²⁵) Ebd., S. 279 ff.; vgl. auch Abschnitt IV des vorliegenden Aufsatzes.

²⁶) Die überwiegende Mehrheit der Verhandlungen findet auf einer freiwilligen Basis statt; im Bereich der verstaatlichten Industrien und vor allem in den sogen. Niedriglohn-Industrien, in denen für freiwillige Verhandlungen keine ausreichende organisatorische Grundlage besteht, kann der Arbeitsminister jedoch paritätisch besetzte „Lohnräte“ einsetzen.

tiven Standard-Wochenlohn gegenüber den lokal ausgehandelten „substantiellen Vereinbarungen“ (Überstunden, Wochenend- und Schichtzulagen, Stücklohnraten, Sozialleistungen etc.) deutlich abgenommen²⁷⁾.

Gerade diese Tendenz zur Dezentralisierung erhöht die Risiken und die Komplexität der Verhandlungen beträchtlich: Mit der fehlenden Pufferwirkung der Gewerkschaftsbürokratie nimmt langfristig die Spontaneität militanter Aktionen im Betrieb zur Durchsetzung von Forderungen zu²⁸⁾. Kompliziert werden die Verhandlungen vor allem aber auch durch die „Multi-Union“-Struktur in vielen Industrien und Betrieben²⁹⁾.

Das angesichts dieser Vielfalt zwangsläufige Scheitern der lohnpolitischen Ansätze vergangener Regierungen trug zu der Erkenntnis in der konservativen Partei bei, daß die Drosselung der Lohnzuwachsrate nur unter Verzicht auf jede Form gesetzlicher Lohnpolitik und im Vertrauen auf die selbsttätigen Regulierungsfähigkeiten der Marktkräfte erfolgen könne. Das Prinzip der Freiwilligkeit konnte jedoch nur für den privaten Sektor gelten; im öffentlichen Bereich — dessen Lohnabschlüssen Signalwirkung zugeschrieben wird — fixierte die Regierung Thatcher Lohnzuwachsrate und verteidigte diese vehement in mehreren Arbeitskämpfen. In der Tat bleiben die Lohnabschlüsse in vielen Fällen unterhalb der Inflationsrate³⁰⁾. Erstaunlich ist dabei, daß die — auch aufgrund der zusätzlichen Belastung durch die Erhöhung der indirekten Steuern — immer gravierender erscheinende

reale Reduktion des Lebensstandards (1981 : 2 %) von den sonst relativ „militanten“ öffentlich Beschäftigten hingenommen wird. Bei der Abnahme der Basismilitanz und der Streikbereitschaft spielt die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes eine wesentliche Rolle; dahinter wird aber insgesamt eine eklatante Schwächung der politischen Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften sichtbar.

b) Maßnahmen der Regierung zur Schwächung der Gewerkschaftsmacht

Zur Zeit bestehen in Großbritannien etwa 450 Gewerkschaften mit rund 12 Millionen Mitgliedern (über 50 % aller Erwerbstätigen); davon sind ca. 110 Gewerkschaften mit 11 Millionen Mitgliedern im Dachverband „Trades Union Congress“ (TUC) zusammengeschlossen. Eine der bundesdeutschen Situation vergleichbare Dominanz eines bestimmten Organisationsprinzips ist nicht feststellbar; Berufs-, Angestellten- und Allgemeine Gewerkschaften rekrutieren ihre Mitglieder branchenübergreifend, nicht selten in Konflikt zueinander oder zu den branchenspezifischen Industriegewerkschaften. Ein weiteres Charakteristikum der britischen Situation ist die Existenz einer ungewöhnlich großen Zahl kleiner und kleinster Gewerkschaften, obschon langfristig ein Trend zur größeren Gewerkschaft unverkennbar ist.

Der Organisationsgrad in den einzelnen Industrien ist recht unterschiedlich und reicht von 5 % (Gaststättengewerbe) bis 95 % (Bergbau, Bahn, Energieversorgung etc.). Generell sind im öffentlichen Sektor allgemein mehr Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert als in der Privatwirtschaft. Den geringsten Organisationsgrad weisen die sogenannten Niedriglohn-Industrien auf³¹⁾.

Diese Komplexität des Gewerkschaftswesens und die daraus resultierende „Multi-Union“-Situation in vielen Unternehmen wirken sich negativ auf die Konsensfindung in den Lohn-

²⁷⁾ Vgl. W. Brown/M. Terry, *The Changing Nature of National Wage Agreements*, in: *Scottish Journal of Political Economy*, Vol. 25, No. 2, June 1978, S. 122.

²⁸⁾ In den internationalen Streikstatistiken nimmt Großbritannien seit Jahren eine Spitzenstellung ein. Im Durchschnitt gingen zwischen 1970 und 1980 567 Arbeitstage je 1000 Arbeitnehmer pro Jahr durch Streiks verloren (Bundesrepublik: 50 Arbeitstage). Welche Bedeutung dabei betriebliche Kampfmaßnahmen haben, zeigt die Tatsache, daß seit 1960 zu keinem Zeitpunkt mehr als 7 % aller stattfindenden Streiks als „offizielle“ (d. h. von der Gewerkschaftszentrale gebilligte) Kampfmaßnahmen zu bezeichnen waren.

²⁹⁾ Ein extremes Beispiel für eine „Multi-Union“-Struktur bietet der Automobilkonzern Ford (U. K.): Dort muß das Management mit insgesamt 21 Gewerkschaften verhandeln, die z. T. starke strukturelle, organisatorische und ideologische Unterschiede aufweisen.

³⁰⁾ In der Lohnrunde 1980/81 betrug die (bereinigte) Lohnzuwachsrate 11,5 %; in der Lohnrunde 1981/82 9,2 % — das beste Ergebnis seit 1976/77, als die Labour-Regierung auf der Basis des Sozialpaktes mit den Gewerkschaften den Lohnzuwachs auf 8,5 % beschränken konnte (vgl. *The Guardian*, 16. 9. 1982, S. 1).

³¹⁾ Ausführlicher zur Struktur des britischen Gewerkschaftswesens vgl. Dürr, a. a. O., S. 131 ff.

verhandlungsgremien und konfliktfreie Regelung auch alltäglicher Probleme auf nationaler wie betrieblicher Ebene aus.

Betrachtet man nun das komplexe System der Arbeitsbeziehungen und der Lohnverhandlungsprozeduren im Kontext dieser Fragmentiertheit des Gewerkschaftswesens, so wird deutlich, daß eine Transparenz — und damit Berechenbarkeit — der volkswirtschaftlich eminent wichtigen Entscheidungsprozesse in diesem Bereich nicht gegeben ist. Es kann deshalb nicht verwundern, daß der Reform der Arbeitsbeziehungen von fast allen Nachkriegsregierungen Priorität eingeräumt wurde, gelten doch Arbeitskonflikte, Basismilitanz, unkontrollierte und unkontrollierbare Lohnentwicklung seit langem als zentrale Kausalfaktoren der ökonomischen Dauerkrise. Die Einschätzung, all diese Probleme seien eine Widerspiegelung der wachsenden und übermäßigen Macht der organisierten Arbeit in einer der Vollbeschäftigung und sozialen Sicherheit verpflichteten Gesellschaft, wurde zur Grundlage der Versuche sowohl der Labour-Regierung unter Wilson wie auch der konservativen Regierung Heath, durch gesetzgeberische Maßnahmen die „negativen Aspekte“ der gewerkschaftlichen Aktivitäten zu beseitigen oder zumindest in ihrer volkswirtschaftlichen Wirkung einzuschränken.

Das Scheitern beider Vorhaben am Widerstand der Gewerkschaften legte den Grundstein für den Versuch der Labour Party, durch einen „Sozialpakt“ mit den Gewerkschaften die Reform der Arbeitsbeziehungen vor allem über ein Arbeitsschutzgesetz, das die Regelung von Arbeitskonflikten, aber auch die individuellen Rechte der Arbeitnehmer verbessern sollte, anzustreben. Die Strategie der Einbindung der Gewerkschaften in den Sozialpakt garantierte, daß die Gesetze von dieser Seite nicht unterlaufen wurden, obwohl auch hier Bestimmungen vorhanden waren, die die Gewerkschaften noch Ende der sechziger Jahre abgelehnt hatten. Insgesamt entsprachen die Gesetze jedoch den Vorstellungen der Gewerkschaften und verkörperten für sie eine „positive Reform“, stießen aber — vor allem aufgrund der Kosten, die die protektiven Regelungen des „Employment Protection Act“ den Arbeitgebern auferlegten (Lohnfortzahlungen, Sozialpläne bei Entlassungen, Verbes-

serung des Kündigungs- und Mutterschutzes) — bei der Arbeitgeberseite auf scharfe Ablehnung. Es ist jedoch anzumerken, daß die arbeitsrechtlichen Bestimmungen dieses Gesetzes wenig mehr als die Angleichung der britischen Situation an kontinentale Standards bewirkten — eine Anpassung, die das anachronistische Kollektivverhandlungssystem offenbar nicht hatte herbeiführen können.

Den Gesetzen der Labour-Regierung ist jedoch vorzuwerfen, daß sie eine echte Reform der Arbeitsbeziehungen nicht bewirkten. In der Tat hat sich an den Strukturen und Verfahren wenig geändert, und hochbrisante Themen wie die verbreitete gewerkschaftliche Zwangsmitgliedschaft in den Betrieben, das Streikrecht und die Frage der militanten Streikposten wurden ausgeklammert.

Genau diese Themen wurden jedoch zentrale Inhalte des Wahlkampfes und des Programms der konservativen Regierung Thatcher. Die zunächst eingeleitete „Reform der kleinen Schritte“ des Arbeitsministers James Prior konnte die auf schnelle Erfolge angewiesene Regierung jedoch nicht befriedigen. Der nach einer Kabinettsumbildung neuernannte Arbeitsminister Norman Tebbit legt deshalb seit dem Frühjahr 1982 ein schärferes Tempo vor. Eine Gesetzesvorlage, die beschönigend den Titel „Beschäftigungsgesetz“ erhielt, richtet sich vor allem auf folgende Angriffspunkte:

— Aufhebung der Immunität der Gewerkschaften: Die Gewerkschaftszentralen sollen künftig bei Kampfmaßnahmen ihrer Basis schadensersatzpflichtig werden.

— Einengung des Begriffs des „rechtmäßigen“ Streiks: Kompetenz-, Abgrenzungs- und Rekrutierungskonflikte zwischen einzelnen Gewerkschaften sowie sämtliche Solidaritätsstreiks werden illegal. „Rechtmäßige“ Streiks sind auf Konflikte um Löhne und Arbeitsbedingungen beschränkt.

— Der Arbeitgeber erhält das Recht, auch während eines Arbeitskampfes einzelne Streikführer oder militante Arbeiter zu entlassen.

— Bei Vereinbarungen über gewerkschaftliche Zwangsmitgliedschaft in Betrieben („Closed Shop“) stärkt die Gesetzesvorlage die Rechtsstellung der davon betroffenen Arbeit-

nehmer: Künftig soll jeder das Recht haben, aus Gewissensgründen (bislang galten nur religiöse Gründe) die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu verweigern, ohne eine Entlassung befürchten zu müssen. Darüber hinaus muß das „Closed Shop“-Abkommen alle fünf Jahre durch mindestens 80 % der Belegschaft bestätigt werden.

In diesem Angriff auf „zentrale Bastionen“ ihrer Macht sehen die Gewerkschaften bereits eine existentielle Bedrohung. Mit ihren weiteren Plänen: Gesetzliche Pflicht zur Durchführung von Urabstimmungen vor Kampfmaßnahmen, Einführung geheimer Wahlen für Gewerkschaftsfunktionäre, Beseitigung der „politischen Abgabe“ an die Labour Party³²⁾ reizt die Regierung die Gewerkschaften und die Labour Party noch weiter. Die Lehren aus der Kraftprobe mit den Gewerkschaften, die die Heath-Regierung ziehen mußte, scheinen vergessen zu sein. Allerdings hat sich die Konstellation auch entscheidend verändert: Die Gewerkschaften müssen gegenwärtig eine bedeutende Schwächung ihrer Stellung hinnehmen. Regelmäßige, direkte Konsultationen

zwischen Regierung und Gewerkschaften finden seit Mrs. Thatchers Amtsantritt nicht mehr statt; der politische Flügel der Arbeiterbewegung, die Labour Party, betreibt keine konstruktive Oppositionspolitik, sondern erschöpft sich in Flügelkämpfen und reduziert damit indirekt auch die politische Artikulationsfähigkeit der Gewerkschaften; schließlich aber müssen die Trade Unions auch den größten Mitgliederschwund seit den zwanziger Jahren verkraften, der sich 1980 und 1981 auf fast eine Million summierte. Gleichzeitig ist gegenwärtig die Bereitschaft in der Arbeitsbevölkerung gering, durch Streiks und sonstige Aktionen für die Erhaltung ihres Lebensstandards zu kämpfen. Immer häufiger laufen gewerkschaftliche Aktionen ins Leere; das Konzept der Regierung Thatcher scheint aufzugehen. Während also eine staatlich angeleitete Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen bislang stets scheiterte, erweist sich nun die rapide Verschlechterung der sozialen Situation der Lohnabhängigen — konkret: die Gefahr der Arbeitslosigkeit — als Disziplinierungsmittel, das die Durchsetzung von Reformvorhaben wesentlich erleichtert.

III. Die sozialen Probleme

1. Das Immigrantentproblem

Nach den beträchtlichen sozialen Problemen, mit denen Großbritannien im Gefolge der Industriellen Revolution konfrontiert worden war (Landflucht, Verelendung des städtischen Sub-Proletariats, Masseneinwanderung der durch Mißernten ausgehungerten irischen Landbevölkerung und Verschärfung der Lohn-

konkurrenz), erfolgte auch in unserem Jahrhundert in der Phase relativer ökonomischer Prosperität in den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten eine neue Welle von Einwanderungen, vor allem aus den früheren Kolonien (Westindien, Pakistan, Indien), die durch Anwerbungskampagnen der Londoner Verkehrsbetriebe ausgelöst worden war.

Gegenwärtig erreicht zwar der Anteil der Immigrantentminderheit lediglich etwa 3,5 % der Gesamtbevölkerung, doch führt die höchst ungleiche geographische Verteilung der Immigrantent mit ihren Schwerpunkten in den industrialisierten Regionen um London, Birmingham, Liverpool, Manchester und Glasgow zu beträchtlichen sozialen Problemen.

Die Situation dieser Minderheit ist gekennzeichnet durch rassendiskriminierende Praktiken auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, im Bildungswesen und bei der Zuteilung von Sozialhilfeleistungen; ihr Berufs- wie auch ihr

³²⁾ Nur in wenigen Gewerkschaften (z. B. bei der Bergarbeiter-Gewerkschaft NUM) sind Urabstimmungen vor Kampfmaßnahmen vorgesehen. Wie es um die innergewerkschaftliche Demokratie bestellt ist, mag das Beispiel der größten Einzelgewerkschaft TGWU zeigen, deren Führer sich nur ein einziges Mal einer Wahl stellen muß, während alle anderen hauptberuflichen Funktionäre ernannt werden. Dieser Modus ist durchaus kein Einzelfall. Über die korporative Mitgliedschaft ganzer Trade Unions in der Labour Party werden insgesamt 6,4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder zugleich Parteimitglieder. Die von ihnen erhobene „politische Abgabe“ bringt die Partei finanziell in totale Abhängigkeit von den Gewerkschaften; ihre Beseitigung würden den Verlust bis zu 70 % der Parteieinnahmen bedeuten (vgl. auch Abschn. IV dieser Arbeit).

Lohnniveau liegen zum Teil weit unter dem der Einheimischen. Ihre Integration wird unmöglich gemacht durch ihre Gettoisierung in den verfallenden Randbezirken der Großstädte — Bezirke, in denen die Arbeitslosigkeit weit über dem nationalen Durchschnitt liegt.

Das „Race Relations Act“ von 1976 konnte diese Situation nicht wesentlich verbessern. Auf dem Arbeitsmarkt beispielsweise sind diskriminierende Praktiken der Arbeitgeber bei der Besetzung von Arbeitsstellen praktisch nicht nachweisbar. Selbst die Arbeit der Commission on Racial Equality wird durch die massive Artikulation von Interessen im Unterhaus behindert³³⁾. So verschärfen sich die Rassenpannungen weiter: Seit Jahren kommt es in den Immigrantenvierteln immer wieder zu Rassenunruhen, die im August 1981 zu blutigen Straßenschlachten in Toxteth (Liverpool) und Brixton (London) eskalierten und auf eine Reihe weiterer, auch kleinerer Städte übergriffen. Die sich zuspitzende Konkurrenzsituation zwischen Einheimischen und Immigrant wird auch am Arbeitsplatz immer deutlicher. Mit der Veröffentlichung von nach Rassenzugehörigkeit aufgliederten Kriminalitätsstatistiken, die eine überdurchschnittliche Kriminalität von Farbigen konstatierten, heizte Scotland Yard die Diskussion noch weiter an. Da nach polizeilicher Interpretation als gesichert gelten kann, daß die Straßensriminalität (insbesondere mit älteren Personen als Opfer) in den „farbigen“ Stadtteilen Londons überdurchschnittlich hoch ist, führen die ordnungspolitischen Gegenmaßnahmen (permanente Straßen- und Personenkontrollen; freizügiger Gebrauch vorbeugender Inhaftierung) wie auch die Repressalien von seiten weißer Mitbürger zu stärkster Verbitterung jener 96 % der farbigen Immigrantenvölkerung, die nicht der kriminellen Szene zuzurechnen sind — eine Verbitterung, die ein farbiger Jugendlicher treffend formulierte: „As long as you're young and black and living in Brixton, you're in trouble. There's no future for you.“

2. Arbeitslosigkeit

Mit rund 3,4 Millionen Arbeitslosen (einer Quote von knapp 14 %) war Großbritannien im

Sommer 1982 unter den wichtigsten Industrieländern das Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Besonders hoffnungslos ist die Beschäftigungssituation für Jugendliche: Rund zwei Drittel der Erwerbslosen sind unter 35 Jahre alt; im Sommer 1982 waren rund 1 Million Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahre (oder jeder sechste dieser Altersgruppe) ohne Beschäftigung, und nach offiziellen Berechnungen werden Ende 1983 etwa zwei Drittel der Jugendlichen unter 18 Jahre arbeitslos sein³⁴⁾.

Die offiziellen Gesamtstatistiken müssen aber aufgrund der Registrierpraxis der Arbeitslosen in Zweifel gezogen werden. Schon die Volkszählung von 1971 wies neben den damals registrierten 650 000 noch weitere — nicht registrierte — 400 000 Arbeitslose aus. Da sich in der Regel nur Sozialhilfe-Berechtigte oder die an staatlicher Arbeitsvermittlung Interessierten registrieren lassen, dürfte das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit weit über den offiziellen Angaben liegen — eine Vermutung, die neuerdings erstmals von amtlicher Seite bestätigt wird: In einer statistischen Publikation des Arbeitsministeriums wird davon ausgegangen, daß gegenwärtig eine „verdeckte“ Arbeitslosigkeit von rund 700 000 Personen bestehe, die in den Statistiken nicht erfaßt sei³⁵⁾. Legt man diese Zahlen zugrunde, so müßten in Großbritannien zur Zeit etwa 4,1 Millionen Menschen (ca. 17 %) von Erwerbslosigkeit betroffen sein.

Durch verschiedene „Job Creation Programmes“ versuchen die staatlichen Stellen, insbesondere die Arbeitsbehörde „Manpower Services Commission“, vor allem Schulabgänger und Jugendliche von der Straße zu holen. Dabei ist jedoch die Arbeitsmarktpolitik — entsprechend den wirtschaftspolitischen Ansichten der konservativen Regierung, wonach das Arbeitslosenproblem dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen bleiben müsse — weniger auf eine Steigerung des Angebots an Arbeitsplätzen als auf eine langfristige Verbesserung der Qualität der Erwerbsbevölkerung gerichtet. Die „Manpower Services Commission“ stellte kürzlich fest, Großbritannien habe eine der am schlechtesten ausgebildeten Arbeit-

³⁴⁾ Vgl. Der Spiegel, 20. 7. 1981; The Times, 21. 7. 1982; The Sunday Times, 5. 9. 1982.

³⁵⁾ The Guardian, 31. 7. 1982.

nehmerschaften in der westlichen Welt, woraus sich für die britische Wirtschaft ein eklatanter Mangel an qualifizierten Kräften ergebe³⁶⁾. Daten zur Situation der Berufsausbildung bestätigen dies: Da die Zahl der von den Unternehmen angebotenen Ausbildungsplätze in den letzten zehn Jahren um rund ein Drittel zurückgegangen ist (allein in den letzten zwei Jahren um 10 %), treten gegenwärtig bei starker Zunahme der Zahl der Schulabgänger nur noch rund 14 % in ein Ausbildungsverhältnis ein — in der Bundesrepublik sind es 50 %³⁷⁾.

Die hohe Arbeitslosigkeit muß auch als zentrale Ursache der Rassenproblematik angesehen werden. Die Perspektivlosigkeit dieser Minderheiten zeigt sich in den von Rassenunruhen geschüttelten Stadtbezirken besonders deutlich: In Toxteth beispielsweise liegt die Arbeitslosenquote bei den Männern um 35 %, und von den 1556 Schulabgängern des Jahres 1982 in Toxteth konnten nur 84 eine Vollzeitbeschäftigung finden — 95 % von ihnen wechseln also von der Schule direkt in die Arbeitslosigkeit über³⁸⁾. Zwar ist eine nach ethnischer Zugehörigkeit aufgeschlüsselte Arbeitslosenstatistik nicht verfügbar, doch liegt einer Schätzung zufolge die Arbeitslosigkeit junger Farbiger in Toxteth bei 60 bis 70 %.

3. Armut

Die bis in die sechziger Jahre dieses Jahrhunderts in England vorherrschende Einschätzung der Armut als ein Problem der Vergangenheit resultierte aus Vergleichen mit den Vorkriegsbedingungen. Auf diese Weise sah man insbesondere in der Etablierung des Wohlfahrtsstaates nach 1945 und im steigenden Lebensstandard der fünfziger und sechziger Jahre Belege für die endgültige Überwindung des Armutsproblems. In den letzten zwei Jahrzehnten wuchs jedoch die Kritik an dieser Grundhaltung: Heute wird Armut wieder — besonders vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit — als ein zentrales soziales Problem aufgefaßt.

Der Abbau des Wohlfahrtsstaates, der nicht erst von der gegenwärtigen konservativen Re-

gierung, sondern auch bereits von ihren Labour-Vorgängern betrieben wurde, unter der Thatcher-Regierung jedoch ein schärferes Tempo annimmt, zeigt gravierende Auswirkungen. Die Arbeitslosenbeihilfen etwa sind mit durchschnittlich DM 180,— pro Woche für einen verheirateten Familienvater bei einem fast der Bundesrepublik entsprechenden Preisniveau für Lebensmittel, Energie und Dienstleistungen völlig unzureichend. Die Einführung von Selbstbeteiligungen im Gesundheitswesen, die Abschaffung der kostenlosen Schulmilch, die Beteiligung der Eltern an den Kosten für Schülertransport, Schulumahlzeiten, Lernmittel und Schuluniformen sind Belastungen, die von Haushalten mit geringem Einkommen kaum noch getragen werden können³⁹⁾.

Über das Ausmaß der von Armut — aufgrund von Unterbezahlung und Niedriglohn, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Alter — betroffenen Bevölkerungsteile gibt es keine verlässlichen Angaben. Nach einer Statistik des Sozialministeriums lebten bereits 1972 schätzungsweise 4,6 Millionen Familien (mit insgesamt über 7 Mill. Personen) unterhalb der offiziellen Armutsschwelle⁴⁰⁾. Hinzu kommt noch die große Gruppe der Beihilfeberechtigten, die dem bürokratisierten, verrechtlichten System des Wohlfahrtsstaates, dem Formulkrieg und der restriktiven Bewilligungspraxis der Behörden hilflos gegenüberstehen und deshalb von ihren Rechten keinen Gebrauch machen.

Statistische Daten vermitteln jedoch ohnehin nur einen unzureichenden Eindruck vom Ausmaß der Armut; vor allem erfassen sie nur deren materiellen — weil meßbaren — Aspekt und lassen ihre psychischen und physischen Folgen unberücksichtigt. Vor dem Hintergrund der sichtbaren Verelendung ganzer Stadtteile, in denen sich die Lebensbedingungen seit Jahren verschlechtern, wird die Be-

³⁹⁾ Der sich daraus ergebende Zwang zum Sparen resultiert in einer Veränderung der Konsumgewohnheiten: In den letzten zehn Jahren ging beispielsweise der Butterverbrauch zugunsten der Margarine um fast 40 % zurück, der Milchverbrauch um 15 %.

⁴⁰⁾ Diese „poverty-line“ stellt die Obergrenze für die Beantragung von Sozialhilfen dar; sie liegt in der Regel bei 50 % des Durchschnittseinkommens aus unselbständiger Arbeit.

³⁶⁾ The Sunday Times, 16. 5. 1982, S. 55.

³⁷⁾ Die Berufsbildende Schule, H. 6, Juni 1982.

³⁸⁾ New Statesman, 9. 7. 1982.

hauptung der Regierungsstellen, den Lebensstandard der Armen in etwa gehalten zu haben, unglaubwürdig. Noch heute ist gerade in Großbritannien die Vorstellung von der Armut als selbstverschuldetem Übel, die im

19. Jahrhundert das soziale Empfinden der viktorianischen Gesellschaft prägte, weit verbreitet und möglicherweise auch für die relative Passivität der staatlichen Stellen verantwortlich zu machen ⁴¹⁾.

IV. Veränderungstendenzen im politischen System

Wie eingangs bereits erwähnt, wurde das britische politische System bis vor kurzem für seine „Stabilität“ gerühmt — eine Stabilität, die vor allem seinen hervorragenden Merkmalen Mäßigung, Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Dynamik zugeschrieben wurde.

Aus heutiger Sicht sind jedoch Zweifel an dieser Einschätzung berechtigt. Zu undeutlich verläuft die Grenze zwischen „Stabilität“ und „Inflexibilität“, zu groß ist die heute im politischen System Englands spürbare Verunsicherung, als daß sie sich selbst von seinen Apologeten noch verdrängen ließe.

Auch der „gesamtgesellschaftliche Konsens“, der gern als Grundlage des Systems angeführt wird, erweist sich bei dieser Betrachtungsweise als so gesamtgesellschaftlich nicht: Faktoren wie die soziale Herkunft der Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft, Recht und Verwaltung, das Apathieproblem der unteren Schichten, die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung und die elitäre Struktur des Bildungswesens kennzeichnen ihn eher als elitenspezifischen Konsens.

Daß nunmehr total veränderte Rahmenbedingungen im Äußern und Innern die Fundamente des politischen Systems in Bedrängnis bringen, läßt vermuten, daß die Fähigkeit des Systems zum Wandel — wenn auch stark retardiert — noch nicht völlig abhanden gekommen ist. Jedenfalls lassen sich gegenwärtig mehrere Hauptangriffe auf die verkrusteten Strukturen des Systems feststellen: die Infragestellung des Zentralismus, Reformbestrebungen in bezug auf die Demokratiedefizite des Regierungssystems, Umbrucherscheinungen in der Parteienlandschaft sowie die Infragestellung des Mehrheitswahlrechts.

1. Zentralismus

Der britische Zentralismus ist die historische Folge des innerbritischen Kolonialismus. Der

ökonomische und politische Erfolg Englands nach innen und außen war dabei über lange Zeit der Garant dafür, daß seine hegemoniale Stellung durch die ethnisch und kulturell eigenständigen Nationalismen der sogenannten keltischen Randzonen („celtic fringe“: Schottland, Wales, Nordirland) nicht in Frage gestellt wurde.

Die — besonders im Ausland verbreitete — Gleichsetzung von Zentralismus und nationaler Homogenität erweist sich jedoch vor dem Hintergrund der angesichts der Krisenhaftigkeit des Gesamtstaates zunehmenden Selbstbestimmungsforderungen des „celtic fringe“ als Fehleinschätzung. So kann heute festgestellt werden, daß die keltischen Nationalismen durch eine Vielzahl von Ereignissen (Aufstieg der schottischen und walisischen Nationalistenparteien, Bürgerkrieg in Nordirland, Bedeutungswachstum der walisischen Sprache) wieder in die britische Politik eingetreten sind — eine Entwicklung, die wohl primär der jahrzehntelangen Vernachlässigung dieser Peripherien durch den Zentralstaat und ihrem Abstieg zu den eigentlichen Krisenzentren des Landes zuzuschreiben ist, daneben aber ihre Ursachen auch in der Rückbesinnung auf die je nationale Kultur findet. Insbesondere hat die Entdeckung reicher Ölvorkommen vor der schottischen Küste dazu beigetragen, daß in den keltischen Regionen Hoffnungen auf mehr nationale Selbstbestimmung und auf ein höheres Maß an Unabhängigkeit von den die Peripherien eindeutig benachteiligenden Um-

⁴¹⁾ Eine Untersuchung über Einstellungen der öffentlichen Meinung zur Armut bezeichnete die Briten als besonders zynisch: 43 % der Bevölkerung sind nach dieser Umfrage der Meinung, Armut komme durch fehlende Willenskraft und Faulheit zustande; in den restlichen EG-Ländern glauben dies nur 10 %. Darüber hinaus sind 27 % der Briten am Armutsproblem überhaupt nicht interessiert (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, *The Reception of Poverty in Europe*, berichtet in: *The Financial Times*, 21. 7. 1977).

verteilungsmechanismen des Zentralstaates entstanden ⁴²⁾.

Aber auch die Lokal- und Grafschaftsbehörden streben nach größerer Unabhängigkeit von den zentralisierten Entscheidungsstrukturen, vor allem im Hinblick auf die Verfügungsgewalt über die immer knapper werdenden Finanzmittel für lokale und regionale Aufgaben.

2. Regierungssystem

Das Regierungssystem gerät durch gewisse ihm immanente Demokratiedefizite unter Reformzwang; gleiches gilt für den britischen Parlamentarismus allgemein. Die Stellung der „Mutter der Parlamente“ ist durch die absolute Dominanz der Regierung, insbesondere des Premierministers, gekennzeichnet. Dies entspricht zwar im wesentlichen der verfassungsgeschichtlichen Grundtendenz mit ihrer Betonung einer starken Exekutive, und richtig ist wohl auch, daß sich angesichts der Besonderheiten des britischen Systems die Diskussion über das Kräfteverhältnis zwischen Parlament und Regierung nicht primär an der Machtfrage orientieren sollte, da es sich beim britischen Unterhaus in erster Linie um ein Diskussionsforum, weniger um ein „arbeitendes Parlament“ handelt. Dennoch muß die zunehmende Konzentration der Regierungsgewalt in einem exklusiven Kernbereich (bestehend aus Schatzamt, Cabinet Office und Civil Service Department), dem sogenannten Central Controlling Core, auf den der Premierminister direkten Zugriff hat, in bezug auf die Möglichkeiten des Parlaments zur demokratischen Kontrolle der Regierung als außerordentlich problematisch angesehen werden.

Weitere Problembereiche, die eine demokratisch legitimierte Kontrolle der Regierung vermissen lassen, sind die wachsende Diskrepanz zwischen Parteitagsbeschlüssen und dem tatsächlichen Regierungshandeln und die beherrschende Position der Regierung bei der Festlegung der Unterhaus-Prozeduren und bei der Besetzung der parlamentarischen Ausschüsse. Faktisch kann die britische Regie-

rung durch das Parlament kaum gestürzt werden. Dennoch ist auch sie nicht omnipotent. Die Ereignisse unter der Heath-Regierung haben bewiesen, daß von außerparlamentarischen Interessengruppen sehr wohl eine wirkungsvolle Opposition inszeniert werden kann. Aber auch im Parlament selbst ergeben sich durch Revolten der Hinterbänkler der Regierungspartei mitunter Mehrheitskonstellationen, die zu empfindlichen Niederlagen der Regierung führen können.

Während jedoch die Notwendigkeit einer Reform des Unterhauses zwar erkannt wird, aber angesichts der Interessenidentität der beiden großen Parteien, die sich in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen in der Regierung auflösen und deshalb kein Interesse an der Einschränkung ihrer (zukünftigen) Handlungsfreiheit haben, wenig aussichtsreich erscheint, bietet sich in einer Reform des Oberhauses (der „Greisenkammer“, die von der Labour Party als Rudiment des Feudalismus bezeichnet wird) die Gelegenheit, Reformwillen zu beweisen, ohne die Substanz des Parlamentarismus anzugreifen.

Reformbedürftig erweist sich auch die Verwaltungsmaschinerie („Whitehall“), in der sich in der höheren Beamtschaft eine neue Feudalklasse etabliert hat, die aufgrund ihrer Kontinuität und Permanenz — ganz im Gegensatz zu den häufig wechselnden Regierungen — über einen enormen Fundus an „Amts- und Herrschaftswissen“ verfügt ⁴³⁾ und sich durch Ämterpatronage ständig der fortgesetzten Kontrolle der führenden Posten versichert.

3. Parteiensystem

Das Parteiensystem, das bisher von zwei die Mehrheit der Aktivbürgerschaft erfassenden „Volksparteien“ getragen wurde, ist erstens durch die Abwendung der Wählerschaft von den großen Parteien, zweitens durch die immer deutlicher zutage tretenden innerparteilichen Demokratiedefizite und drittens durch die Infragestellung des Mehrheitswahlrechts in Bewegung geraten.

⁴²⁾ Einen ausgezeichneten Überblick über diese Entwicklungen bietet der Beitrag von Rainer-Olaf Schultze, Neo-Nationalismus in Großbritannien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/80.

⁴³⁾ Vgl. Hans Setzer, Parteiendemokratie im britischen System, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 29, H. 1, Febr. 1982.

a) Auflösungserscheinungen im Zweiparteiensystem

Beide großen Parteien haben in den letzten beiden Jahrzehnten ihren früher typischen Klassenrückhalt teilweise verloren, was wohl einerseits der — im Gegensatz zur britischen Tagespresse — relativ parteineutralen Berichterstattung des neuen Hauptmediums Fernsehen zuzuschreiben ist, aber auch von den Parteien selbst um der Verbreiterung zur Volkspartei willen bewußt in Kauf genommen wurde.

Die abnehmende Parteiidentifikation ist jedoch in der Labour Party besonders ausgeprägt. Ihre versuchte Öffnung zur Mittelschicht hin führte — wie sich auch an Mrs. Thatchers Wahlsieg im Mai 1979 erneut deutlich zeigen läßt — zum Verlust eines Teils der Arbeiterschaft⁴⁴⁾. Flügelkämpfe, Linksrutsch und Dominanz der Gewerkschaften prägen jedoch das Image der Partei und verhinderten, daß sich neue, diesen Verlust ausgleichende Identifikationsmuster — etwa in Teilen der Mittelschicht — zu beständiger Parteigängerschaft entwickeln konnten.

Wenn die beiden großen Parteien heute nur noch je 30 % der Stimmen der wahlberechtigten Bevölkerung auf sich vereinigen, so ist dies sicher Folge dieser Auflösung der Grundstruktur der politischen Willensbildung, des „class based voting“; gleichzeitig wird darin jedoch auch eine beträchtliche Frustration der Wähler mit der Unfähigkeit der beiden großen Parteien erkennbar, Lösungsmöglichkeiten für die sozio-ökonomischen Probleme anzubieten.

Darüber hinaus haben beide Parteien Positionen um die politische Mitte aufgegeben, nicht zuletzt infolge der Dominanz des rechten (bei den Konservativen) bzw. des linken Flügels (bei Labour). Die so entstandene Vakanz bietet Raum genug für eine neue Formation, die aus dieser Position heraus mit dem Anspruch auftreten könnte, rationale und pragmatische, vor allem aber für britische Verhältnisse relativ ideologiefreie Politik betreiben zu wollen.

Der neuen Sozialdemokratischen Partei (SDP) bzw. ihrem (Wahl-)Bündnis mit der Liberalen Partei werden dafür nach den spektakulären

⁴⁴⁾ Ebd., S. 36 ff.

Anfangserfolgen gute Chancen eingeräumt. Dennoch sieht sich die neue Gruppierung beträchtlichen Problemen gegenüber: Die zunehmende Konkretisierung ihrer Programmarbeit hat bereits jetzt zu einer gewissen Desillusionierung ihrer potentiellen Wählerschaft geführt, stellen doch die wichtigsten Kernaussagen entweder einen Rückgriff auf frühere Positionen der Labour Party dar (z. B. zur „mixed economy“ mit einem Element der Planung, zur Mitbestimmungsfrage und zur Dezentralisierung) oder sind gegenwärtig wenig populär und deshalb kaum als Stimmenmagnete anzusehen (radikale Ansätze zur sozialen Gleichheit, zur Frauenfrage und zur Rassenproblematik; Bejahung der EG-Mitgliedschaft; gesetzliche Lohnpolitik).

b) Innerparteiliche Probleme

Innerparteiliche Demokratiedefizite werden insbesondere der Labour Party zur Last gelegt. Ihre engen historischen, politischen, organisatorischen und personellen Verbindungen zu den Gewerkschaften wirken sich finanziell als absolutes Abhängigkeitsverhältnis aus, bringen doch die Gewerkschaften über die kollektive Parteizugehörigkeit von 6,4 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern bis zu 70 % der Finanzmittel der Partei auf⁴⁵⁾.

Mit Unterstützung der Gewerkschaften, die ihr Gewicht in Form von „Blockstimmen“ voll in die Parteibeschlüsse einbringen (den 6,4 Millionen Blockstimmen der Gewerkschaften stehen etwa 300 000 individuelle Mitglieder gegenüber), konnte die Parteilinke 1981 nicht nur einen neuen Modus bei der Wahl des Parteiführers durchsetzen⁴⁶⁾, sondern auch eine regelmäßige Bestätigungspflicht jedes Labour-Abgeordneten durch die Parteigremien seines Wahlkreises.

Beide Neuerungen erwecken den Anschein einer innerparteilichen Demokratisierung, sind aber — da sie die realen Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei verzerrt wiedergeben — tendenziell undemokratisch.

⁴⁵⁾ Vgl. hierzu die Jahresberichte der Labour Party sowie des Trades Union Congress.

⁴⁶⁾ In Zukunft soll der Parteiführer nicht wie bisher durch die Unterhausfraktion allein, sondern durch ein Wahlverfahren bestimmt werden, in dem 40 % der Stimmen den Gewerkschaften und je 30 % der Unterhausfraktion und den lokalen Parteigruppen zustehen.

Erstens beruht nämlich die automatische, kollektive Parteimitgliedschaft der gewerkschaftlich Organisierten nicht auf einer freien Willensentscheidung des einzelnen, sondern auf passiver Hinnahme. In ihr drückt sich kein Interesse an Existenz oder Politik der Partei aus. Mithin ist auch der Gebrauch der auf dieser „Zwangsmitgliedschaft“ beruhenden Blockstimmen der Gewerkschaften bei den Parteitagungen eine tendenziell undemokratische Methode, einen Parteiführer und möglichen Premierminister zu bestimmen.

Zweitens liegt nach der neuen Regelung die Wahl des Parteiführers zu 70 % außerhalb der Unterhausfraktion und wird damit auch dem indirekten Einfluß der Labour-Wählerschaft entzogen.

Drittens: Der regelmäßige Bestätigungszwang für die Parlamentskandidaten durch die primär von linken Parteiaktivisten beherrschten lokalen Basisgruppen könnte zur Folge haben, daß in der Unterhausfraktion der linke Parteiflügel dominiert und sie damit ihre gesamtparteiliche Repräsentativität verliert.

c) Infragestellung des Mehrheitswahlrechts

Daß die beschriebenen Tendenzen in der Parteienlandschaft nicht ohne Konsequenzen für das Wahlrecht bleiben können, liegt auf der Hand. Insbesondere der Erfolg der SDP-Liberalen Allianz hat die Diskussion um das Mehrheitswahlrecht erneut entfacht. Dieses Wahlrecht begünstigt eindeutig die beiden großen Parteien und verschaffte ihnen in den elf Unterhauswahlen zwischen 1945 und 1979 zehn-

mal ausreichende Mehrheiten, wobei die Begünstigung zum Teil auf ihren noch immer vorhandenen, obgleich stark abgeschwächten Klassenrückhalt sowie auf ihre Präsenzfähigkeit in allen Wahlbezirken zurückzuführen ist⁴⁷⁾.

Produzierte dieses „first-past-the-post“-System in der Vergangenheit zwar alternierende Mehrheiten, so birgt es aber auch zugleich die Gefahr, „hung Parliaments“ mit sehr schwachen Mehrheitsverhältnissen hervorzubringen, die bei mangelnder Fraktionsdisziplin die Politik der Regierung auf den kurzfristigen Mehrheitserwerb reduziert⁴⁸⁾.

Generell ist aber das Mehrheitswahlrecht im Zweiparteiensystem bei der gegebenen Schwäche der Stellung des Parlaments eher auf die Produktion einer Regierung denn auf stabile parlamentarische Mehrheitsverhältnisse gerichtet, was ja auch in der britischen Aversion gegen Koalitionsregierungen deutlich wird. Verschiedentlich wird diese Wirkung des Mehrheitswahlrechts, eher eine Regierung als ein Parlament zu wählen, als demokratischer Fortschritt bezeichnet⁴⁹⁾. Gelingt es nun der SDP-Liberalen Allianz, dieses Zweiparteiensystem aufzubrechen, eine Koalition oder Ad-hoc-Kooperation mit einer der beiden anderen Parteien einzugehen, so stünde nicht nur die sofortige Reform des Wahlrechts an, sondern längerfristig auch eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Parlament und Regierung, die in der Tat die Stärkung der Kontrollbefugnisse des Unterhauses zur Folge haben könnte.

Schlußbetrachtung

Die vorstehenden Ausführungen hatten zum Ziel, Ursachen und Hintergründe der Krisenphänomene Großbritanniens in ihrer Breitenwirkung darzustellen.

Wurde dabei deutlich, daß die Deskription dieser Phänomene ohne Berücksichtigung historischer Entwicklungen und Erfahrungen nicht auskommt, so stellen auch die antiquierten politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen des Landes Kausalfaktoren dar, die insgesamt den Verdacht nahelegen, das Land sei unfähig zum Wandel.

Tatsächlich hat Großbritannien bis heute den Verlust seiner Weltmachtposition und des

⁴⁷⁾ Die damit implizierte Diskrimination gegen kleine Parteien ist differenziert: Kleine Parteien mit engem Einzugsbereich (z. B. die schottischen Nationalisten) werden relativ begünstigt, kleine Parteien mit nationaler Basis (z. B. die Liberalen) benachteiligt.

⁴⁸⁾ Vgl. J. Curtice/M. Steed, *Electoral Choice and the Production of Government: The Changing Operation of the Electoral System in the United Kingdom since 1955*, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 12, Part 3, July 1982.

⁴⁹⁾ So z. B. vom Labour-Parteilinken Tony Benn; vgl. Setzer, a. a. O., S. 42.

Empire weder politisch noch ökonomisch überwunden. Der historischen Herausforderung dieses Positionswandels begegnete es zwar mit dem widerstrebenden Rückzug aus der Weltpolitik, verfiel aber zugleich in das entgegengesetzte Extrem einer zunehmenden Selbstisolierung, die sich heute beispielsweise in der ambivalenten Haltung zur europäischen Integration niederschlägt. Das schwindende ökonomische und militärische Potential stellt schließlich auch das Sehnen nach einer Restauration der Position einer Hegemonialmacht als hohle „imperiale Pose“ bloß.

Auch im Innern sind Auflösungserscheinungen des noch im viktorianischen Zeitalter wurzelnden „Two Nations“-Charakters der britischen Gesellschaft kaum zu erkennen. Im Gegenteil: In der Krise scheint sich die Geld- und Herrschaftselite erneut durch die Einbeziehung einer neuen Meritokratie, bestehend aus den Aufsteigern aus Politik und Wirtschaft einschließlich der Gewerkschaftsführer, zu konsolidieren und gegen Nivellierungstendenzen abzuschirmen, wobei trotz aller Skandale der kaum erschütterten Monarchie eine zentrale Funktion zukommt.

Emotionale Distanz, kritische Rationalität, Toleranz und Mäßigung, die die politische Kultur des Landes ohne Zweifel über lange Perioden seiner Geschichte kennzeichneten, sind heute durch sporadisch ausbrechenden nationalistischen Fanatismus, durch zunehmenden Rassismus und durch die Polarisierung der Bevölkerung bedroht. Mit dem rapiden Anwachsen der langfristigen Arbeitslosigkeit ist der Prozeß der Marginalisierung eines bedeutenden Teils der Erwerbsbevölkerung eingeleitet, sind Perspektivlosigkeit, Apathie, aber auch eruptiver Haß bei Jugendlichen und ethnischen Minderheiten vorprogrammiert.

Die Trostlosigkeit dieser Perspektive ist nicht zuletzt der Konzeptionslosigkeit der britischen Politik zuzuschreiben. So ist es wenig realistisch, die ständigen Machtwechsel noch immer als regelmäßiges „Schwingen des (Macht-)Pendels“ und damit als Ausdruck eines geschärferten Demokratiebewußtseins der Wahlbevölkerung zu werten. Heute sind sie vielmehr Resultat der abnehmenden Parteiidentifikation und der Frustration der Wähler

mit der offensichtlichen Unfähigkeit der beiden großen Parteien, von ihren je latent klassenspezifischen Definitionen des Gemeinwohls abzugehen und Lösungsmöglichkeiten für die immer drängender werdenden Probleme zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund ist dem Krisenbewältigungsversuch der konservativen Regierung Thatcher gutzuschreiben, daß er zumindest dem Anspruch nach nicht primär auf kurzfristige Erfolge, sondern auf langfristige Veränderungen gerichtet ist. Dabei gründet sich die ihm zuteil werdende Aufmerksamkeit vor allem auf seinen Experimentalcharakter. Nachdem auch die Reagan-Administration in den USA ihre Wirtschaftspolitik auf ähnliche Grundlagen gestellt hat, lassen sich die Wirkungen des angebotsorientierten Experiments nun gleich an zwei „Laborphasen“ beobachten.

Die Ergebnisse dieser Politik, die das wirtschaftspolitische Instrumentarium auf monetäre Maßnahmen reduziert und die sozialen Folgekosten weitgehend ignoriert, sind jedoch bislang kaum ermutigend. In beiden Ländern haben sich die rezessiven Tendenzen — nicht zuletzt aufgrund eines überhöhten Zinsniveaus — entschieden verschärft. In beiden Ländern gibt es ein Millionenheer von Arbeitslosen, erzeugt diese Marginalisierung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung — in Verbindung mit der Rassen- und Immigrantenproblematik — ein soziales Konfliktpotential, dessen langfristige Auswirkungen bestenfalls erahnt werden können.

Die Darstellung der britischen Krisenphänomene sollte trotz des — thematisch bedingten — pessimistischen Tenors nicht zu der pauschalen Schlußfolgerung verleiten, daß das Land der Bewältigung seiner vielfältigen Probleme chancenlos gegenüberstehe. Im Verlauf seiner Geschichte hat das Land immer wieder erstaunliche Kräfte mobilisieren können und den Mut zu ungewöhnlichen Lösungen gebracht. Darüber hinaus ist aber gerade in der Gegenwart in bezug auf die Erstarrung und Verkrustung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen ein Prozeß der Bewußtwerdung erkennbar geworden, der Herausforderung und Chance zugleich bietet.

„Changement“ – Kontinuität trotz Wandel im sozialistischen Frankreich

I. Einführung

Die Schonfrist von achtzehn Monaten, die sich die linke Regierung Frankreichs für den von ihr angestrebten „Wandel“ selbst zugebilligt hat¹⁾, ist verstrichen. Bis heute wollte der sozialistische Staatspräsident François Mitterrand wichtige Reformen seiner Politik des „Changement“ in Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung begonnen und teilweise auch schon beendet haben.

Doch obgleich die Parlamentswahl vom Juni vergangenen Jahres den im Mai 1981 gewählten Sozialisten mit der absoluten Parlamentsmehrheit ausstattete²⁾, konnte er längst nicht so viele seiner Vorstellungen realisieren, wie es den günstigen Mehrheitsverhältnissen in der Nationalversammlung entsprechend möglich gewesen wäre. Das lag allerdings nicht an der Aufnahme von vier kommunistischen Ministern in die Regierungsmannschaft³⁾, sondern an der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs.

Die Koalition mit den Kommunisten erweist sich vielmehr heute, unter dem Eindruck einer zunehmenden internationalen und damit auch französischen Wirtschaftskrise, als äußerst geschickter Schachzug Mitterrands, mit dem er die Parti Communiste Français (PCF) in die Regierungsverantwortung einband und so die der PCF nahestehende Gewerkschaft CGT bisher noch weitgehend zügeln konnte.

Gerade dies ist für Mitterrand jetzt um so notwendiger, als sich achtzehn Monate nach dem spektakulären Wahlerfolg der Sozialisten zahlreiche Befürchtungen der Mehrzahl der französischen Unternehmer, Bauern und höheren Angestellten⁴⁾ gegenüber dem soziali-

stischen Konzept bestätigten und sich die Hoffnungen breiter Bevölkerungskreise auf mehr soziale Gerechtigkeit und eine spürbare Verbesserung der Lebensverhältnisse⁵⁾ immer weniger zu erfüllen scheinen.

Nach zwei Franc-Abwertungen sowie Preis- und Lohnstopp ernüchtern die jüngst ergangenen Maßnahmen zur Sanierung des Sozialhaushalts auf Kosten der versprochenen Realerhöhung von Sozial- und Mindesteinkommen⁶⁾ immer mehr Mitterrand-Wähler und lassen die Popularitätskurve des Präsidenten fallen.

Der sozialistische Reformprozeß ist offenbar in einigen Bereichen ins Stocken geraten. Auf welchen Gebieten die sozialistisch-kommunistische Regierung eine andere Politik als ihre Vorgängerin, die Mitte-Rechts-Regierung unter Valéry Giscard d'Estaing, anstrebt⁷⁾ und wie erfolgreich sie bisher betrieben werden konnte, zeichnet sich bereits ab:

Die Betonung höherer sozialer Gerechtigkeit nach dem Motto: „In Frankreich gibt es genug Geld, man braucht es nur bei den Reichen zu holen“⁸⁾, nimmt ab, und Mitterrand geht sogar zum Sozialismus französischer Prägung vorsichtig auf Distanz:

„Ich habe gelegentlich vom Sozialismus à la Française gesprochen, aber ich habe nie eine

¹⁾ Vgl. R. Mihail/D. Jeambar, Mauroy — Deferre, L'axe Nord-Sud, in: Le Point vom 20. 7. 1981.

²⁾ Vgl. K.-H. Reif, Keine Angst Mariannel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29—30/81, 1981, S. 44.

³⁾ Vgl. K.-P. Schmid, Paris: KPF stellt nach 34 Jahren Minister, in: Die Zeit vom 26. 6. 1981.

⁴⁾ Vgl. Welt am Sonntag vom 29. 8. 1982.

⁵⁾ Vgl. R. Picht, Frankreichs eigener Weg?, in: Merkur, 36. Jg., 1982, H. 5, S. 437.

⁶⁾ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. 10. 1982.

⁷⁾ Vgl. zu den Zielen der Regierung Mauroy: Regierungserklärung des französischen Premierministers Pierre Mauroy in der Nationalversammlung am 8. Juli 1981 über das Programm der Regierung, in: Europa-Archiv, Bd. 36, 1981, Nr. 18, S. 490—498; F. Mitterrand, Ici et maintenant, Paris 1980; Parti socialiste (Hrsg.), Projet socialiste Pour La France Des Années 80, Paris 1980.

⁸⁾ George Marchais zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. 10. 1982.

Bibel daraus gemacht.“⁹⁾ In der Dezentralisierungspolitik tritt die französische Regierung dagegen mit dem neuen geplanten Status von Großstädten die Flucht nach vorn an und fordert die Opposition — darunter vornehmlich den RPR-Führer und mächtigen Pariser Bürgermeister Chirac — heraus.

Für die Dezentralisierung von Departements und Kommunen sowie die Regionalisierung legte die Regierung mit einem ersten Gesetz zwar einen Grundstein für weiterreichende Veränderungen, doch bislang bewirkten nur die Nationalisierungen tatsächlich einen bedeutenden Wandel im Wirtschaftssystem der

V. Republik. In der Sozialpolitik stockte die sozialistische Reformpolitik jedoch. Hier kann die von Giscard eingeschlagene Richtung voraussichtlich nicht mehr als eine Modifizierung erfahren, obwohl die in raschem Tempo aufeinander folgenden Sozialreformen während der ersten Monate unter Mitterrand zunächst auf einen spürbaren Bruch mit der Politik seiner Vorgänger schließen ließen¹⁰⁾.

Nicht zuletzt wegen fehlender innenpolitischer Erfolge steht die EG-Politik der Sozialisten eher noch stärker als bisher unter dem Primat nationaler und insbesondere wirtschaftlicher Interessen.

II. Wandel und Kontinuität in der Wirtschaftspolitik

Ihr wichtigstes Ziel sieht die Regierung Mauroy im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit¹¹⁾. Konsumankurbelung einerseits und sektorale wie regionale Strukturhilfen an Unternehmen andererseits sollen die schon unter Giscard geringe Investitionslust der Wirtschaft, die jedoch unter Mitterrand noch weiter sank¹²⁾, fördern. Dieses Bestreben wird um so dringlicher, je rasanter die Talfahrt der französischen Wirtschaft verläuft.

Die Instrumente, mit denen Mitterrand seine wirtschaftspolitischen Ziele erreichen will, sind jedoch andere als die seinerzeit von Giscard und Barre benutzten:

So soll die soziale Gerechtigkeit ein zentrales Kriterium wirtschaftspolitischer Maßnahmen sein. Dementsprechend erhöhte Mitterrand bald nach seiner Wahl die Mindestlöhne, Renten und das Kindergeld. Er führte die Vermögens- und Erbschaftssteuer ein, reduzierte die

Wochenarbeitszeit und verlängerte den Jahresurlaub¹³⁾.

Der restriktiven Geldmengen- und Haushaltspolitik der Regierung Barre, die auf Senkung der Inflation ausgerichtet war, stellten die Sozialisten damit eine neukeynesianische — mit Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen angereicherte — Wirtschaftspolitik gegenüber, die inflationsfördernd wirkte. Das Haushaltsdefizit erhöhte sich dann auch von rund 30 Mrd. Francs 1980 auf 81 Mrd. 1981 und wird 1982 voraussichtlich etwa 125 Mrd. Francs erreichen¹⁴⁾.

Darüber hinaus greift der Staat unter Mitterrand intensiver als unter Giscard in das Wirtschaftsleben ein, wie an dem bis November verhängten Lohn- und Preisstopp erkennbar wird. Hier ist also ein deutlicher Wandel von einer liberalen zu einer interventionistischen Wirtschaftspolitik zu verzeichnen, die sich ihrerseits allerdings auf eine jahrhundertealte französische Tradition gründet¹⁵⁾.

⁹⁾ François Mitterrand zit. nach Die Welt vom 29. 9. 1982.

¹⁰⁾ Vgl. C. Jakobeit, Machtwechsel in Frankreich: Erste Entwicklungen und Perspektiven, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 13. Jg., 1982, H. 1, S. 52.

¹¹⁾ Vgl. W. Kowalsky, Mitterrands Regierungsprogramm, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 26. Bd., 1981, Nr. 18, S. 497.

¹²⁾ Vgl. G. Simonis, Das „sozialistische Projekt“ Frankreichs: In den Zwängen der internationalen Arbeitsteilung, Thesenpapier zum Arbeitskreis Eurokommunismus des Kongresses der Dtsch. Vereinigung für politische Wissenschaft in Berlin, 8. 10. 1982, S. 9.

¹³⁾ Vgl. C. Jakobeit, a. a. O. (Anm. 10), S. 52.

¹⁴⁾ Vgl. D. Hausego, Change in direction in economic policy, in: Financial Times vom 25. 11. 1981. Zu den negativen Folgen der Politik vgl. auch Financial Times vom 7. 7. 1982 sowie G. Simonis, a. a. O. (Anm. 12), S. 9.

¹⁵⁾ Vgl. K.-P. Schmid, Eintracht nur auf kurze Sicht, in: Die Zeit vom 5. 3. 1982.

1. Die Planifikation: Zurück zu de Gaulle

Ganz im Sinne der dirigistischen Wirtschaftspolitik Mitterrands ist das seit 1946 existierende wirtschaftspolitische Instrument der Planifikation zu sehen. Unter „planification“ wird die Aufstellung eines Wirtschaftsplans für fünf Jahre verstanden, der die wichtigsten mittelfristigen Eckdaten der angestrebten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes festlegt. Das „commissariat du plan“ und Experten-Gruppen erarbeiten die Eckwerte anhand umfangreicher Analysen der einzelnen Wirtschaftssektoren wie Energie, Verkehr oder Regionalplanung. Abschließend wird der Rahmenplan jeweils vom Parlament verabschiedet¹⁶⁾. Damit beschreibt er als oberstes Koordinationsinstrument der Wirtschaft das „intérêt général“, das Gesamtinteresse.

Bereits unter Charles de Gaulle galt die Planifikation als hervorragendes Instrument der Wirtschaftspolitik für das industriell aufholende Frankreich¹⁷⁾. Der Rahmenplan besitzt für die private Wirtschaft nur indikativen, für die Verwaltung jedoch verbindlichen Charakter.

Unter den Sozialisten soll die regionale Dimension des Plans in besonderem Maße durch die Beteiligung der Gebietskörperschaften an seiner Erstellung gesetzlich verankert werden.

Wie wichtig den Sozialisten die Kohärenz ihrer Wirtschaftspolitik durch deren Einbindung in die seinerzeit von Giscard den liberalen Tendenzen seiner Regierung geopfert Planifikation ist, zeigt die bereits im Dezember 1981 vorgenommene Verabschiedung eines vorläufigen Zwischenplans für zwei Jahre, des Plan Intérimaire 1982—1983. Für die anschließende Periode gilt ein Fünfjahresplan, der die künftigen Orientierungsdaten der seit Juni 1982 verfolgten Austeritätspolitik bestimmen soll.

Angesichts der anhaltenden Wirtschaftsprobleme wird die Planifikation zur Prioritätensetzung noch wichtiger, als sie dies ohnehin schon für die Sozialisten ist; soll der Rahmenplan doch künftig insbesondere zur Förderung

der französischen Provinz eine wichtige Rolle spielen. Der Zwischenplan verlor zwar durch seinen Mangel an konkreten Planzahlen viel von seinem Wert als Orientierungsdatum für die Industrie. In dieser Hinsicht soll der Fünfjahresplan jedoch verbessert werden. Im Zuge seiner Entwicklung kam es allerdings bereits zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten: Möchte Premierminister Mauroy im atmosphärischen Interesse seiner Politik optimistische Daten zur Grundlage seines Plans machen, geht der verantwortliche Planungsminister Michel Rocard eher von pessimistischen Daten aus. Mit den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist jedoch die Realitätsnähe jeglicher „Planification“ überhaupt in Frage zu stellen¹⁸⁾.

In engem Zusammenhang mit der Planifikation steht die Raumordnungspolitik, „l'aménagement du territoire“, indem sie die sektoralen Ansätze des Rahmenplans durch die territoriale Dimension ergänzt. Organisatorisch kommt dies schon dadurch zum Ausdruck, daß Planifikation und Raumordnung in Personalunion durch Minister Rocard wahrgenommen wird. Im Unterschied zur Planifikation zeichnen sich bei der sozialistischen Raumordnungspolitik keine einschneidenden Veränderungen ab.

Raumordnungspolitik bleibt unter Mitterrand ihrer Definition nach nicht nur eine nationale Politik, die lediglich in den Grenzen des Plans von lokalen Gremien mitbestimmt wird. Sie ist zugleich Regierungspolitik und wird als solche nach wie vor auf der nationalen Ebene allein von der Regierung definiert.

Das Parlament hat bisher noch nie über Raumordnungsprogramme abgestimmt¹⁹⁾ und wird dies voraussichtlich unter den Sozialisten auch nicht tun.

Dies ist mit dem Selbstverständnis des „rationalisierten Parlamentarismus“ unter präsidentieller Hegemonie der V. Republik zu erklä-

¹⁶⁾ Vgl. die französische Verfassung von 1958, Art. 34. Dazu U. Kempf, Das politische System Frankreichs, Opladen 1980², S. 291 ff.

¹⁷⁾ Vgl. K.-P. Schmid, Ein Plan für die Schublade?, in: Die Zeit vom 17. 10. 1980.

¹⁸⁾ Vgl. Le Monde vom 10. 9. 1982. Vgl. W. Frey, An der Wirklichkeit vorbei, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. 10. 1982.

¹⁹⁾ Vgl. F.-X. Aubry, L'encadrement juridique de la politique d'aménagement du territoire, Paris 1979, S. 57 ff. In den restriktiv in Artikel 34 der Verfassung von 1958 aufgeführten legislativen Kompetenzen des Parlaments ist die Raumordnung nicht enthalten.

ren²⁰). Zwar kritisierten die Sozialisten noch vor ihrer Wahl die Interpretation der präsidentiellen Machtfülle und deren Ausübung durch Giscard aufs heftigste. Doch schon bald nach seinem Amtsantritt fühlte sich Staatspräsident Mitterrand in seiner Kompetenzmacht außerordentlich wohl, und nun wollen die Sozialisten die Kontinuität der verfassungsmäßigen Institutionen und damit die bestehende Kompetenzabgrenzung zwischen Regierung, Parlament und Präsident sowie deren von de Gaulle geprägten traditionellen Gebrauch gern bewahren²¹). So sehen sie, wie bereits ihre Vorgänger, in der national definierten Raumordnungspolitik lediglich ein Mittel zur Verwirklichung regionaler Chancengleichheit²²).

Auch die Instrumente dieser Politik, wie etwa die Fonds, die nach regionalen Bedürfnissen ausgeschüttet werden, oder eine Vielzahl spezifischer Verträge zwischen dem Staat und einer oder mehreren Gebietskörperschaften sowie regionale Entwicklungsprogramme, bleiben grundsätzlich die gleichen²³).

Die unter Pompidou und Giscard eingerichteten Raumordnungsbehörden²⁴) behalten in der Mehrzahl ebenfalls ihre Aufgabenstellung bei. Zwar soll die Realisierung von Raumordnungszielen in Zukunft stärker dezentralisiert werden, ungeachtet dessen wird jedoch die nationale Politikdefinition im wesentlichen beibehalten, schon um ihre Kohärenz mit den Planzielen zu gewährleisten. Insofern sind Planifikation und Raumordnungspolitik einerseits sowie sektorale Verstaatlichung anderer-

seits als Instrumente eines unter den Sozialisten deutlich verstärkten Staatseinflusses zu verstehen, die sich gegenseitig noch in ihrer jeweiligen Wirkung verstärken.

2. Die Verstaatlichung: Wandel in der Wirtschaftsstruktur

Die interventionistischen Tendenzen der sozialistischen Regierung zeigen sich insbesondere in der rigoros durchgeführten Nationalisierungspolitik, der „nationalisation“. Zwar hatte Frankreich schon 1936 und 1945 Nationalisierungen erlebt, aber sie hatten sich auf wenige Schlüsselindustrien beschränkt: So wurden 1936 vom Volksfront-Kabinet Leon Blums die Bank von Frankreich sowie Rüstungsbetriebe verstaatlicht, und 1945/46 kam es unter de Gaulle zur Verstaatlichung von vier großen Depotbanken, elf Versicherungsgruppen, von Kohlebergwerken, der Air France sowie der Gas- und Elektrizitätswerke.

Die heute gern als Paraded Pferd für eine gelungene Nationalisierung angeführten Renault-Werke kamen jedoch „eher zufällig“²⁵) in die Hand des französischen Staates, da der Firmengründer das Unternehmen wegen angeblicher Kollaboration mit den Nazis aus der Hand geben müssen.

Die umfassenden — vom französischen Verfassungsrat im Grundsatz gebilligten²⁶) — Verstaatlichungen Mitterrands bedeuteten demgegenüber einen tiefgreifenden Wandel der Wirtschaftsstruktur: Statt bisher 18% kontrolliert der Staat nunmehr 32% des Umsatzes der gesamten französischen Industrie. Darüber hinaus verfügt er nach der Verstaatlichung der meisten Banken über 75% der Kredite und Einlagen des französischen Bankensystems²⁷).

Zwar sucht Mitterrand, der sich als Präsident aller Franzosen versteht, einen Kompromiß zwischen Staats- und Privatwirtschaft in einer gemischten Wirtschaftsform zu finden. Dennoch sind die Nationalisierungen mehr als nur

²⁰) Vgl. W. Steffani, *Pluralistische Demokratie*, Opladen 1980, S. 130; A. Kimmel, *Das Parlament in der V. französischen Republik — Grundstrukturen und Reformprobleme*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 12. Jg., 1981, H. 2, S. 235—251.

²¹) Vgl.: *Freundlicher, menschlicher*, in: *Der Spiegel* Nr. 48 vom 23. 11. 1981, S. 165.

²²) Vgl. C. Vincent, *Une interview exclusive de Michel Rocard*, in: *France Soir* vom 11. 8. 1981. Zu den Zielen der Regierung Giscard vgl.: *Commissariat Général Du Plan* (Hrsg.), *Rapport Du Comité Aménagement Du Territoire, Préparation Du Huitième Plan 1981—1985*, Paris 1980; Y. Madiot, *l'aménagement du territoire*, Paris/New York 1979.

²³) Vgl. zu Instrumenten der Raumordnung: J. Lajugie/P. Delfaud/C. Lacour, *Espace régional et aménagement du territoire*, Paris 1979.

²⁴) Hierzu gehört hauptsächlich die DATAR (Délegation à l'Aménagement du Territoire et à l'Action Régionale) in Paris als zentrale Raumordnungsbehörde.

²⁵) Vgl. K.-P. Schmid, *Renault — ein neuer Mythos?*, in: *Die Zeit* vom 26. 2. 1982.

²⁶) Vgl. Verfassungsrat billigt Verstaatlichung, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 13./14. 2. 1982.

²⁷) Ebd.

eine „Vollendung“ und „Weiterführung“ der Gesetze von 1936 und 1945²⁸⁾. Für die Kommunisten und die Mehrheit der Sozialisten bedeuten sie den „qualitativen Sprung von der Herrschaft des Kapitals zur Herrschaft des Volkes durch den Staat“²⁹⁾.

Im Zusammenwirken mit der Planifikation erhöhen sie den Einfluß staatlicher Behörden in einem Maße, das die von der Regierungsseite stets wiederholte Betonung des Prinzips vom freien Unternehmertum für die verstaatlichten Unternehmen unglaublich klingen läßt. In der Praxis besitzen die nationalisierten Betriebe denn auch lediglich eine begrenzte Entscheidungsfreiheit: Sie müssen ihre Unternehmenspolitik in Mehrjahresverträgen mit dem Staat festlegen, die sich an den Planzielen der Regierung orientieren³⁰⁾. Damit stehen die verstaatlichten Betriebe im Dienste des vom Staat definierten Gesamtinteresses.

In diesem Sinn gedenkt die Regierung Mauroy auch die nationalisierten Banken zu nutzen. Sie sollen dezentralisiert werden, damit sie, wie schon bisher die genossenschaftlich organisierte „grüne“ Bank („crédit agricole“), mehr Kredite an kleinere und mittlere Unternehmen in der Provinz vergeben. Dabei sind sie gehalten, die Kreditvergabe an den vom Staat definierten Kriterien auszurichten.

Die Produktionsunternehmen sollen vor allem auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Modernisierung durch Investitionen und die Ausstrahlungskraft („rayonnement“) der französischen Industrie hinwirken. Premierminister Mauroy will die Verstaatlichung zur Verbesserung der französischen Industrie und Finanzkraft und zum Nutzen von Arbeitsbeschaffung und sozialem Fortschritt einsetzen. Zwei noch ausstehende Gesetze, eins über eine Reform der Bankorganisation sowie ein weiteres über die Demokratisierung des öffentlichen Sektors (durch Mitbestimmung der Arbeitnehmer), werden die nationalisierten Betriebe bald in das politische Gesamtkonzept der Regierung Mauroy integrieren³¹⁾. Ob die Nationalisierungen diese beiden Ziele ange-

sichts der Krise der französischen Wirtschaft erfüllen können, scheint heute allerdings mehr als fraglich zu sein.

Dem Wandel der französischen Wirtschaftsstruktur auf dem Weg der Verstaatlichung steht eine gewisse Kontinuität in den Unternehmensspitzen gegenüber. Zum einen hat die sozialistische Regierung bei der Ernennung der Generaldirektoren der nationalisierten Unternehmen zwei äußerst kompetente Männer auf ihren Posten bestätigt³²⁾ und zum anderen vornehmlich Männer in die Chefetagen befördert, die bereits zur Elite des Landes gehörten.

Diese rekrutiert sich weitgehend aus den „Grandes Ecoles“, den Eliteschulen mit schweren Aufnahmeprüfungen wie der „Ecole Nationale d'Administration“ (ENA) für die höchsten Beamten und der naturwissenschaftlich ausgerichteten „Ecole Polytechnique“³³⁾. Die Elite absolviert bei allen individuellen Unterschieden eine einheitliche, durch jahrelanges Lernen geprägte technokratische Ausbildung³⁴⁾, die ihre zukünftige Arbeit in den verstaatlichten Unternehmen prägen wird. Hierbei wird sie nicht zuletzt die Ideologie vom „Intérêt général“ beeinflussen, die einst entwickelt wurde, um den Beamten von seiner Klassenherkunft zu entfernen und ihn dem Staatswohl zu verpflichten³⁵⁾. Angehörige dieser Elite saßen auch schon vor dem Regierungswechsel von 1981 auf den Direktoren-, Aufsichtsrats- und Präsidentensesseln der wichtigsten staatlichen und auch privaten Unternehmen, nachdem sie allerdings von der Industrie teuer aus dem Beamtenstatus ausgelöst worden waren³⁶⁾.

²⁸⁾ Von diesen ist aber einer bereits wegen mangelnder Entscheidungsfreiheit zurückgetreten. Vgl. R. Chimelli, Mitterrand in der Klemme, in: Süddeutsche Zeitung vom 26. 7. 1982.

²⁹⁾ Vgl. K.-P. Schmid, Die Mandarine der Fünften Republik, in: Die Zeit vom 27. 3. 1981.

³⁰⁾ Vgl. zur Ausbildung: R. Picht, Modernisierung und Tradition, in: Robert Bosch Stiftung GmbH, Deutschland — Frankreich: Bausteine zum Systemvergleich, Bd. 1: Politisches System und Öffentlichkeit, Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg, Stuttgart 1980, S. 199—222; F. Reich, Die Elite Frankreichs, in: Die Weltwoche vom 3. 12. 1980, S. 44—47.

³¹⁾ Vgl. zu weiterführender Literatur auch P. Birnbaum, Histoire, L'héritage et le mérite, in: Le Monde vom 21. 12. 1980.

³²⁾ Vgl. La caste des chefs, in: Le Point vom 27. 7. 1974, S. 143—157.

²⁸⁾ W. Kowalsky, a. a. O. (Anm. 11), S. 949.

²⁹⁾ R. Picht, a. a. O. (Anm. 5), S. 455.

³⁰⁾ Vgl.: Paris läßt den Unternehmern freie Hand, in: Süddeutsche Zeitung vom 20./21. 2. 1982.

³¹⁾ F. Renard, La nécessaire et difficile réforme bancaire, in: Le Monde vom 18. 2. 1982.

Durch die jüngste Erweiterung des öffentlichen Sektors wird der Einfluß dieser Elite jedoch noch erheblich zunehmen, zumal die Sozialisten an diesem Elitesystem bis auf die geplanten Reformen an ENA-Ausbildung — welche aber nicht das Elitesystem an sich in Frage stellt — grundsätzlich nichts zu ändern gedenken. Auch dies dürfte also unter den Sozialisten den staatlichen Einfluß verstärken.

3. Wandel und Kontinuität in der Europapolitik: Primat nationaler Interessen

Ganz im Dienste der sozialistischen wirtschaftspolitischen Ziele sieht die Regierung Mauroy ihre Europapolitik. Mehr noch als bei seinem liberalen Vorgänger Giscard steht sie bei Mitterrand deshalb unter dem wirtschaftspolitischen Primat und läßt daher weniger Spielräume für Kompromisse zu.

Darüber hinaus entziehen sich durch die Verstaatlichungen noch mehr französische Wirtschaftsbereiche einem freien europäischen Marktssystem, da der ohnehin nicht leicht zu integrierende französische Nationalstaat entscheidende Bereiche, die bisher den freien, grenzüberschreitenden Verflechtungen offenstanden, in seinen Zugriff nahm³⁷⁾. Zwar zeigten die vergangenen Monate immer deutlicher, daß sich Frankreich keine isolierte, von seinen EG-Partnern abgeschottete Europapolitik leisten kann, weil es auf deren Hilfe zur Stützung des Franc angewiesen ist. Doch gerät Frankreich durch diese Abhängigkeiten zunehmend in einen Zwiespalt, da es seinen Markt möglichst von der Konkurrenz ausländischer Produkte befreien möchte. Die sogenannte Rückeroberung des französischen Marktes lassen aber die auf Freihandel abgestellten Römischen Verträge nicht zu. Deshalb will Mitterrand die Gemeinschaft wenigstens für seine übrigen wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele nutzen, wie dies in seiner Forderung nach einem „sozialen Europa“ und der „relance européenne“³⁸⁾ zum Ausdruck kommt.

³⁷⁾ Vgl. R. Picht, a. a. O. (Anm. 34), Bd. 37, S. 456.

³⁸⁾ Vgl.: Auszüge in: Europa-Archiv, 1982, Nr. 2 D 41 ff. Insofern besitzt auch die Planifikation durchaus ihre europäischen Dimensionen. Vgl. J.-P. Cot, Une dimension internationale pour le Plan, in: Le Monde vom 29. 12. 1981. Vgl. W. Schütze, Ein

Bisher konnte der Sozialist seine EG-Partner jedoch nicht von diesen Vorstellungen überzeugen, kosten sie doch — wie die 35-Stunden-Woche — Geld, über das keine europäische Regierung — zumal mit Sparhaushalt — verfügt.

So fühlen sich die Sozialisten durch die EG eher zur Flucht nach vorn getrieben und neigen vermehrt zu einer protektionistischen Haltung, die sie zu ihren Partnern in einen größeren Gegensatz bringt, als dies bei dem liberalen Giscard der Fall war³⁹⁾. Unter Bundeskanzler Kohl, so fürchten Regierungskreise in Paris, werde sich der Gegensatz eher noch vertiefen. Könnten doch durch eine von der CDU/CSU-FDP-Regierung rigoros durchgeführte Sparpolitik der wirtschaftspolitische Kurs und der ökonomische Unterschied beider Länder im Zuge einer positiven konjunkturellen Entwicklung der Bundesrepublik womöglich immer weiter voneinander abweichen⁴⁰⁾.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist die neue Bundesregierung darauf bedacht, die deutsch-französische Freundschaft mit Leben zu erfüllen, dank eines doch nicht zuletzt auch gemeinsamen Interesses beider EG-Partner, wie sich jüngst in dem Konflikt um das US-Erdgasröhren-Embargo zeigte. In diesem Fall wurde die französische Betonung nationaler Unabhängigkeit für die Bundesrepublik wieder einmal zu einem Schlepptau, in das sie sich als eine den USA gegenüber stärker verpflichtete Nation gerne nehmen ließ. Auch die Frage der Süd-Erweiterung der EG, der Frankreich unter Mitterrand sehr zurückhaltend gegenübersteht, ist von seinen nationalen Wirtschaftsinteressen geprägt: Frankreich fürchtet die Konkurrenz bei zahlreichen Agrarprodukten aus Spanien und Portugal.

Jahr sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich, in: Rissener Rundbriefe, Hrsg. vom Haus Rissen, Internationales Institut für Politik und Wirtschaft, Hamburg, Oktober 1982.

³⁹⁾ Vgl.: Gegensätze zwischen deutscher und französischer Wirtschaftspolitik, in: VWD Finanz- und Wirtschaftsspiegel, Internationale Wirtschaft (Eschborn) vom 5. 11. 1981. Vgl. H.-H. Bremer, Schutzpatron der Patrons, in: Die Zeit vom 29. 10. 1982.

⁴⁰⁾ Vgl. H. Engelkes, Bange Hoffnungen, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 10. 10. 1982.

III. Wandel im französischen Zentralismus

Als Beginn einer Revolution betrachten viele Franzosen den Vorgang, der sich seit Mitterrands Wahl auf dem Gebiet des traditionsbeladenen Zentralismus abspielt. Denn jetzt soll der französische Einheitsstaat, der im „Ancien Regime“ wurzelt und danach wesentlich von Napoleon geprägt wurde, durch die Übertragung zentralstaatlicher Kompetenzen an die Gebietskörperschaften, die Departements und Kommunen in entscheidendem Umfang dezentralisiert werden. Diese Dezentralisation wird von einer Regionalisierung, d. h. der Kompetenzerweiterung der 22 französischen Regionen, begleitet. Mit diesem umfangreichen Projekt, das nacheinander mit mindestens vier Gesetzen verwirklicht werden soll, wollen die Sozialisten nicht zuletzt ein Problem lösen, das sich besonders im Frankreich der V. Republik stellt: Die sachgerechte Kompetenzverteilung zwischen dem Zentralstaat und seinen Gebietskörperschaften. Aber Mittelrand geht es bei der Dezentralisierung und Regionalisierung auch um mehr Transparenz in der französischen Demokratie, um mehr Verantwortung in ihrer Gesellschaft und damit also auch in lokalen Gremien sowie um vielfältigere Entfaltungsmöglichkeiten für Kultur, Unterhaltung und Information in der Provinz⁴¹⁾. Zwar wurden zur Lösung dieses Problems seit 1958 verschiedene Versuche unternommen; sie scheiterten jedoch entweder an mangelnden Mehrheiten oder griffen zu kurz.

So wollte de Gaulle bereits Ende der sechziger Jahre Regionen mit wirtschaftlichen und kulturellen Kompetenzen als Gebietskörperschaften einrichten. Er scheiterte jedoch 1969 mit einem Referendum, in dem er diese Reform mit einer Senatsumbildung verbunden hatte.

Sein Nachfolger Georges Pompidou schuf daraufhin 1972 die Regionen lediglich als sogenannte Gebietsanstalten⁴²⁾, d. h. mit weitaus weniger Kompetenzen, als sie de Gaulle vorgesehen hatte.

⁴¹⁾ Vgl. Parti Socialiste, *Projet socialiste*, Paris 1980, S. 251 ff. F. Mitterrand, a. a. O. (Anm. 7), Paris 1980, S. 172 ff. W. Kowalsky, a. a. O. (Anm. 11), 492 f.

⁴²⁾ Vgl. T. Bruns, *Regionalisierung in Frankreich: Das Gesetz vom 5. Juli 1972*, in: *Verwaltungsarchiv*, Bd. 65, 1974, Nr. 3, S. 237—254.

Vor dem Hintergrund des wachsenden politischen Regionalismus mit der Forderung nach mehr regionaler Mitbestimmung⁴³⁾ — vor allem in Korsika, der Bretagne und dem französischen Baskenland — wollten weder Pompidou noch später Giscard gesetzlich mehr Kompetenzen auf die Regionen übertragen.

Sie fürchteten um die von der Verfassung der V. Republik geforderte Einheit der Nation⁴⁴⁾, da sich kompetenzreiche Regionen möglicherweise partikularistisch verhalten könnten. Allerdings wuchs die Notwendigkeit, die Regionen zur Aktivierung der regionalen Wirtschaft mit mehr wirtschaftspolitischen Entscheidungsspielraum auszustatten — zumal unter Giscard — erheblich. Deshalb duldete seine Regierung, daß sich die Regionen auf dem Gebiet regionaler Strukturpolitik und der Raumordnungspolitik im Zuge des „funktionalen Regionalismus“⁴⁵⁾ über das Gesetz hinausgehende Kompetenzen zueigneten. Teilweise wurden ihnen auch neue Kompetenzen per Dekret übertragen⁴⁶⁾.

Tatsächlich besaßen die Regionen also bereits am Ende des Septennats von Giscard einige der Kompetenzen, die ihnen de Gaulle gesetzlich hatte übertragen wollen.

Aus Furcht vor einem Erstarren des politischen Regionalismus setzte Giscard jedoch offiziell — in einem Gesetzentwurf zur Dezentralisierung — auf Dezentralisation und nicht auf Regionalisation. Die im Entwurf geplante Erweiterung der Verantwortlichkeiten der Gemeinden und Departements wurde zwar noch am Ende des Septennats von Giscard ins

⁴³⁾ T. Flory, *Le Mouvement Régionaliste Français*, Paris 1966.

⁴⁴⁾ Vgl.: M. Fromont, *Vor- und Nachteile des franz. Dezentralisierungssystems*, in: *Regierbarkeit? Dezentralisation? Entstaatlichung?*, Schriften des intern. Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bonn 1976, Bd. 3, S. 71; Verfassung von 1958, Artikel 2: „La France est une République indivisible...“.

⁴⁵⁾ Vgl. J.-L. Quermonne, *Vers un Régionalisme „Fonctionnel“*, in: *revue française de science politique*, Bd. 8, 1963, Nr. 4, S. 849—876.

⁴⁶⁾ Vgl. zur Entwicklung der Regionen: Ch. Vigouroux (Hrsg.), *Quelques Éléments Pour Un Bilan Des Etablissements Publics Régionaux*, Commissariat Général Du Plan — Service Regional & Urbain, Paris, November 1979.

Parlament eingebracht⁴⁷⁾, konnte vor dem Regierungswechsel jedoch nicht mehr rechtzeitig verabschiedet werden. Das Gesetz sah die Neuverteilung einiger Kompetenzen — vor allem der Schul-, Sozial- und Urbanismus-Politik — zugunsten von Gemeinden und Departements vor.

Die geplante Umverteilung der Kompetenzen blieb jedoch in einem viel kritisierten, zu kleinem Rahmen stecken, zumal sie nicht von einer Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Gebietskörperschaften zur Erfüllung ihrer neuen Aufgaben begleitet werden sollte. Die Gebietskörperschaften wären so weiterhin zur Finanzierung ihrer Aufgaben wesentlich auf staatliche Subventionen angewiesen gewesen⁴⁸⁾.

Jetzt wollen die Sozialisten mit einer weitergehenden Dezentralisation, als sie Giscard mit seinem Dezentralisierungsprojekt angestrebt hatte, und mit einer Regionalisierung, die de Gaulles Vorstellungen noch übertrifft, dem Bedürfnis der Franzosen nach stärkerer Transparenz politischer Entscheidungen und lokaler Mitbestimmung nachkommen.

Außerdem folgen sie mit ihrem Vorhaben der zunehmenden wirtschaftlichen Notwendigkeit einer Dezentralisation, um eine gezielte regionale und lokale Strukturpolitik durchführen zu können.

Im Gegensatz zu de Gaulle verfügt die sozialistische Regierung über eine ausreichende Mehrheit im Parlament, um ihre Vorstellungen durchsetzen zu können. Daran hat auch die Anrufung des Verfassungsrates wegen des Dezentralisierungsgesetzes und der Regionalisierung durch die Opposition grundsätzlich nichts geändert⁴⁹⁾.

⁴⁷⁾ Vgl.: Le Sénat Adopte Le Projet De Loi De Développement Des Responsabilités Des Collectivités Locales, in: Le Monde vom 24. 3. 1980.

⁴⁸⁾ Vgl. zur Finanzlage der Gebietskörperschaften: W. Lauff, Selbstverwaltung? — Ein Phantom! Zur Lage der Kommunen im franz. Staat, in: Dokumente, Jg. 37, 1981, H. 1, S. 40—46.

⁴⁹⁾ Der Verfassungsrat hat beides im Prinzip als mit der Verfassung konform gewertet. Nur einige — von der Gesamtheit des Gesetzes über die Dezentralisierung abtrennbare — Teile müssen revidiert werden. Vgl.: La décision du Conseil constitutionnel permet l'application rapide de la décentralisation, in: Le Monde vom 28. 2. 1982.

1. Die Dezentralisation

Bereits im Frühjahr 1982 — also nicht einmal zwölf Monate nach dem Regierungswechsel in Paris — trat das Dezentralisierungsgesetz in Kraft⁵⁰⁾. Das Gesetz betrifft insbesondere die traditionellen Gebietskörperschaften: die Departements und Kommunen. Denn die bisher vom Präfekten als dem Statthalter des Zentralstaates in der Provinz ausgeübte Staatsaufsicht über die Beschlüsse ihrer Departements- und Gemeinderäte fällt nun weitgehend fort. Diese „tutelle“ wird es damit als (häufig politische) Opportunitätskontrolle künftig gar nicht mehr und als Legalitätskontrolle nur noch „à posteriori“ ausgeübt, indem der Präfekt innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach der Beschlußfassung der Räte ein aufschiebendes Veto einlegen kann⁵¹⁾. Der Präfekt verliert dadurch eine seiner wichtigsten Aufgaben. In den Departements verliert er darüber hinaus seine Exekutivgewalt für die Ausführung der vom „conseil général“, dem Departementsrat, gefaßten Beschlüsse. Dieses Recht steht nach dem neuen Gesetz jetzt dem vom Departementsrat gewählten Präsidenten zu.

Weiterhin erhalten die Departements und Kommunen erstmals in der französischen Geschichte fast völlige Budgetfreiheit. Ihre Haushalte werden künftig nicht mehr von den Präfekten, sondern von ihren gewählten Räten vorbereitet. Die Präfekten verlieren durch das neue Gesetz also weitgehend ihre ursprünglichen Kompetenzen, sind allerdings weiterhin allein für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Als sogenannte Kommissare der Republik sollen sie nun vornehmlich die Dienststellen der staatlichen Behörden in den Departements leiten und koordinieren; dies gehörte auch bereits bisher zu ihren wichtigsten Aufgaben.

Das neue Gesetz bringt für die Gebietskörperschaften somit zahlreiche Vorteile: Durch die erheblich reduzierte Staatsaufsicht können sie jetzt in vielen Fällen schneller handeln, warten doch bislang wichtige Akten monate-, wenn nicht jahrelang in Pariser Amtsstuben

⁵⁰⁾ Vgl. Loi no. 82—213 du 2 mars relative aux droits et libertés des communes, des départements et des régions, in: Journal Officiel De La République Française, 3. 3. 1982, S. 730—747.

⁵¹⁾ Vgl. ebd., Titre I und Article 46.

auf ihre Bearbeitung⁵²). Das Gesetz könnte sich dazu günstig auf die wirtschaftspolitischen Aktivitäten der Kommunen und Departements auswirken. Nach Artikel 4 und 34 unterstützen sie jetzt selbständig „in ihrer Existenz gefährdete Unternehmen“ mit Investitionshilfen und Subventionen⁵³), allerdings ohne die im Plan gesetzten Prioritäten zu verletzen.

Gerade auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik hat die Regierung Mauroy damit den Gebietskörperschaften mehr Kompetenzen eingeräumt, weil sie dies für eine erfolgreiche regionale Strukturpolitik als nötig erachtet. Da Kommunen und Departements rund ein Viertel ihrer Haushalte für Investitionen verwenden, der Staat dagegen 95% seines Etats für laufende Ausgaben verwendet⁵⁴), ist der gezieltere und schnellere Einsatz der gebietskörperschaftlichen Gelder mittel- bis langfristig durchaus ein möglicher wirtschaftsstimulierender Faktor.

2. Die Regionalisierung

Durch das Dezentralisierungsgesetz erhalten die Regionen nunmehr den Status einer Gebietskörperschaft. Demnach wählen sie ihre „conseils régionaux“ (Regionalräte) in direkter Wahl, die ihren Präsidenten aus ihrer Mitte bestimmen. Dem Präsidenten des Regionalrates kommt die Exekutivgewalt zu, die bisher der Regionalpräfekt innehatte. Zur Wahrnehmung ihrer erweiterten Aufgaben werden die Regionen über eigene Behörden verfügen dürfen, was ihnen vorher verwehrt war.

Die erweiterten Kompetenzen der neuen regionalen Gebietskörperschaften liegen neben der Gesundheits-, Sozial- und Kulturpolitik weitgehend im Bereich regionaler Strukturpolitik. So können die Regionen sogenannte *aides régionales*, bestimmte Subventionen und Investitionshilfen in ihren Gebieten eigen-

ständig, wenn auch, wie die Departements und Kommunen, gebunden an den Rahmen der Plan- und Raumordnungsziele, vergeben⁵⁵). Außerdem sollen sie bei der Vorbereitung des nationalen Wirtschaftsplans stärker als bisher beteiligt werden.

Auch in der Raumordnungspolitik⁵⁶) sind gemäß den Planzielen zahlreiche Strukturhilfen vorgesehen. So wird den Regionen nun die Aufstellung eigener regionaler Raumordnungspläne zugebilligt. Bisher auf nationalem Niveau eingerichtete Sonderverwaltungen zur Durchführung von bestimmten raumordnerisch wirksamen Maßnahmen, wie u. a. interministerielle Verwaltungsmissionen, werden regionalisiert. Das gilt z. B. auch für die interministerielle Mission für die touristische Gestaltung der Küste in Aquitaine (MIACA), die bisher in einer Art Vertragspolitik zwischen dem Zentralstaat und den Gebietskörperschaften Tourismusinvestitionen in Aquitaine gemäß von in Paris einseitig ausgearbeiteten Raumordnungsplänen förderte. Sie wird nun aufgelöst und ihre Kompetenzen werden auf die Region Aquitaine verlagert.

Das wegen seines ausgeprägten politischen Regionalismus in den vergangenen Jahren zunehmend zum Problem gewordene Korsika erhält einen Sonderstatus⁵⁷): Korsikas Regionalrat wird künftig bei Gesetzen, die die Insel betreffen, von der Regierung in Paris konsultiert. Außerdem soll die Region über üppigere finanzielle Quellen als andere Regionen verfügen. Die Opposition vertrat die Auffassung, daß dieser Sonderstatus zu ausgeprägte föderalistische Züge besitze und damit nicht verfassungskonform sei, wurde darin durch das Urteil des Verfassungsgerichts jedoch nicht bestätigt⁵⁸).

Die im Dezentralisierungsgesetz vorgesehenen Veränderungen der Regionen sollen mit

⁵²) Vgl. zu solchen Problemen des Zentralismus P. Grémion, *Le pouvoir périphérique*, Paris 1976.

⁵³) Vgl. zu den wirtschaftspolitischen Implikationen der Dezentralisation: D. Rasch, *Das Dezentralisierungsprogramm der Regierung Mauroy und seine Wirtschaftspolitik*, Ebenhausen, Juni 1982. Vgl. Loi no 82—213, a. a. O. (Anm. 50), Article 5, I.

⁵⁴) Vgl.: F. Grosrichard, *À Propos de ... La Décentralisation Sur Le Terrain: Les milliards des communes*, in: *Le Monde* vom 26. 11. 1981.

⁵⁵) Vgl.: Loi no 82—213, a. a. O. (Anm. 50), Titre III. Le conseil des ministres, in: *Le Monde* vom 6. 11. 1981.

⁵⁶) Vgl.: Le communiqué officiel du conseil des ministres, in: *Le Monde* vom 6. 11. 1981, S. 9.

⁵⁷) Vgl.: Loi no 82—214 du 2 mars 1982 portant statut particulier de la région de Corse: Organisation administrative (1), in: *Journal Officiel De La République Française*, 3. 3. 1982, S. 748—752.

⁵⁸) Vgl.: La décision du Conseil constitutionnel permet l'application rapide de la décentralisation, a. a. O. (Anm. 49), S. 4.

der Wahl zu den Regionalräten erst 1983 nach einer z. Z. laufenden Übergangsperiode mit besonderen Bestimmungen in Kraft treten⁵⁹⁾. Korsika wählte allerdings seinen Regionalrat gemäß dem Sonderstatus bereits am 8. August 1982, also ein Jahr vor den in den übrigen Regionen geplanten Wahlen⁶⁰⁾.

Damit die anderen Regionen möglichst bald ihre wichtige ökonomische Rolle spielen können, dürfen sie bereits jetzt Kredite an Industrieunternehmen vergeben und alle bisher von ihnen entwickelten wirtschaftlichen Aktivitäten von regionalem Interesse weiter ausüben. Dabei greifen sie auf das Personal der Präfekturen zurück, bis sie — voraussichtlich im nächsten Jahr — eigenes Personal einstellen. Der „Kommissar der Republik“ hat nur noch darauf zu achten, daß die Entscheidungen des Regionalrates im regionalen oder im nationalen Gesamtinteresse liegen, d. h., daß die Regionen ihre Kompetenzen nicht überschreiten. Im Rahmen ihrer weitgehenden Entmachtung gaben die Regionalpräfekten schon im vergangenen April ihre Exekutivkompetenzen an die Präsidenten der Regionalräte ab⁶¹⁾.

3. Einheit versus Vielfalt

Mit dem skizzierten Gesetz ist erst ein kleiner Teil der gesamten Dezentralisierungsreform realisiert worden. Noch ausstehende Gesetzesvorhaben sollen u. a. folgende Bereiche regeln:

— Die Kompetenzverteilung zwischen dem Zentralstaat und den Gebietskörperschaften⁶²⁾.

— Die Dezentralisierung der Großstädte Paris, Marseille und Lyon⁶³⁾.

⁵⁹⁾ Vgl.: Circulaire du 12 juin 1981 relative aux conditions d'application de la loi du 5 juillet 1972 portant création et organisations des régions, in: Journal Officiel De La République Française, 14. 6. 1981, S. 738.

⁶⁰⁾ J.-F. Simon, M. Simeoni briguerait la présidence de l'Assemblée de Corse, in: Le Monde vom 10. 8. 1982.

⁶¹⁾ Vgl.: Décentralisation, Le Transfert Du Pouvoir Exécutif, Des conventions vont être conclus entre les préfets et les présidents de conseils régionaux d'ici au 15 avril, in: Le Monde vom 25. 2. 1982, S. 29.

⁶²⁾ Vgl. F. Grosrichard, Décentralisation: Le projet de transfert des pouvoirs aux collectivités locales, in: Le Monde vom 18. 2. 1982, S. 25.

⁶³⁾ Vgl.: La Réforme Du Statut Des Grandes Villes, in: Le Monde vom 7. 10. 1982, S. 11.

— Die Aufstockung der gebietskörperschaftlichen Finanzressourcen, so daß die Gebietskörperschaften nicht mehr — wie bisher — weitgehend auf die häufig weisungsgebundenen, spezifischen Subventionen angewiesen sind.

— Die Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften untereinander⁶⁴⁾.

Erst wenn alle diese geplanten Gesetze in ihren Details sowie mit den dazugehörigen Anwendungsdekreten und Verwaltungsvorschriften verabschiedet sind, wird sich sagen lassen, ob die Sozialisten der Lösung des seit Tocqueville⁶⁵⁾ diskutierten Kompetenzverteilungsproblems zwischen Zentrale und Gebietskörperschaften näher gekommen sind. Dabei kommt es darauf an, in welchem Ausmaße Realisierungs- und Definitionskompetenzen von der Zentrale auf die Subebenen verlagert werden sollen und können.

Angesichts der zunehmenden finanziellen Probleme der sozialistischen Regierung erscheint insbesondere eine für den Erfolg der Dezentralisierung so entscheidende, durchgreifende Finanzreform⁶⁶⁾ z. Z. allerdings als unrealistisch, kostet doch schon bereits die Übertragung der Kompetenzen auf die Regionen stattliche Summen.

Sollten die Sozialisten dennoch so weitgehende Gesetze machen, wie sie dies ankündigen, könnte die Gesamtreform einen qualitativen Strukturwandel des französischen Zentralismus zur Folge haben.

Da Regierung und Verwaltung im französischen Regierungssystem des „rationalisierten Parlamentarismus“ im Zusammenwirken mit dem während der Durchsetzung der Reform noch teilweise vorhandenen Zentralismus auf die Gesetzesanwendung großen Einfluß besitzen, ist eine konsequente Durchsetzung der Reform in der Praxis entscheidend. Diese demnach grundsätzlich guten Chancen einer solchen Strukturreform werden jedoch im wesentlichen durch vier Hindernisse beeinträchtigt. Zum einen stehen zahlreiche Bürgermei-

⁶⁴⁾ Vgl.: Loi no 82—213, a. a. O. (Anm. 50), Article 1^{er}.

⁶⁵⁾ Vgl. A. de Tocqueville, Der alte Staat und die Revolution, München 1978, S. 68.

⁶⁶⁾ Vgl. D. Willot, Décentralisation, Moins de verrous mais fini le parapluie, in: Le Point vom 20. 7. 1981.

ster, die zu einem erheblichen Prozentsatz in Personalunion mit den Mitgliedern des Senats und der Nationalversammlung in Paris vertreten sind, der geplanten Kompetenzerweiterung der Kommunen mißtrauisch gegenüber. Viele Bürgermeister kleiner Kommunen — es gibt rd. 36 000 — haben Angst vor der neuen Verantwortung. Sie fühlen sich dafür nicht genügend ausgebildet und können bei unangenehmen Entscheidungen nicht mehr bequem auf den ihnen übergeordneten Präfekten verweisen⁶⁷⁾.

Zum zweiten gibt es unter den Beamten noch eine Reihe Anhänger der Regierungsoption⁶⁸⁾. Sie könnten entgegen der Ideologie vom „*intérêt général*“ versucht sein, technische zu politischen Fragen zu machen.

Die wirtschaftlichen Zielsetzungen der Reform könnten zum dritten durch leitende Bankangestellte gefährdet werden, die eine gezielte Obstruktionspolitik gegen die Reform betreiben könnten, indem sie z. B. die Kreditvergabe entgegen den Regierungszielen politisch einsetzen.

Zum vierten könnte die Reform mittel- bis langfristig zu Legitimationsproblemen der Regierung führen: Da die gestiegenen Kompetenzen der Gebietskörperschaften weitere Spielräume zu unterschiedlichen regionalen und lokalen Entwicklungen bieten, werden ihre Auswirkungen die an Einheitlichkeit bis hin zur Uniformität gewöhnten Franzosen⁶⁹⁾ mit vermehrter Vielfalt konfrontieren. Diese Vielfalt ist einerseits Ziel der Dezentralisierung, denn sie erlaubt die notwendige Anpassung an unterschiedliche Gegebenheiten und mehr Mitbestimmung. Die Vielfalt birgt jedoch auch die Gefahr, daß die an jahrhundertlange uniforme Gleichbehandlung durch den Staat gewöhnten Franzosen sie nicht gleich ohne Schwierigkeiten verstehen und akzeptieren werden. Könnte ihnen nicht anfänglich die Unterscheidung zwischen staatlichem und gebietskörperschaftlichem Handeln schwerfallen? Werden sie sich nicht vom Staat ungerecht — weil ungleich — behandelt füh-

len, auch wenn es sich um Kompetenzen der eigenen Gebietskörperschaft handelt?

Wenn die Franzosen aber die neue Vielfalt verstehen lernen und die drei übrigen Risiken einer konsequenten Realisierung des Dezentralisierungsprogramms in Grenzen gehalten werden können, bedeutet dies eine wichtige Strukturänderung der V. Republik.

Die Dezentralisation wird damit nicht nur im politischen und verwaltungsmäßigen System einen Strukturwandel herbeiführen, sondern auch im gesellschaftlichen Bereich. Dann wäre auch die verfassungsmäßige Aussöhnung zwischen den Prinzipien der Einheit⁷⁰⁾ und der Vielfalt — nämlich der Garantie der Gebietskörperschaften⁷¹⁾ — zu einer neuen verfassungspolitischen Wirklichkeit geworden, wozu allerdings der durch die Dezentralisierung steigende Bedarf nach vertikaler und horizontaler Kooperation zwischen Staats- und Gebietskörperschaften einerseits und den Gebietskörperschaften andererseits in überzeugender Weise gelöst werden müßte.

In der französischen Gesellschaft würde das Bewußtsein direkter demokratischer Mitwirkung der Bürger gegenüber dem bisher fast allmächtig erscheinenden Staat wachsen und zu einer gefestigteren Legitimation des Staates führen.

Andererseits kann die weitergehende Autonomie der drei Subebenen des Systems — Regionen, Departements und Kommunen — zu einer Art vertikaler Gewaltenteilung führen. Diese wird zwar nicht das Ausmaß vertikaler Gewaltenteilung föderativer Systeme wie in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland erreichen. Aber die direkte Wahl des Regionalrates und der Kompetenzzuwachs der Gebietskörperschaften bedeuten eine Politisierung der drei Subebenen und eine Einschränkung der Kompetenzen der übergeordneten Gewalten Regierung und Parlament. Dabei wird die Regierung, der gemäß dem „rationalisierten Parlamentarismus“ umfassendere Kompetenzen als dem Parlament zukommen, im Verhältnis zu diesem relativ mehr Befugnisse an die Gebietskörperschaften abtreten. Diese Gewalten-

⁶⁷⁾ Vgl. R. Mihail/D. Jeambar, a. a. O. (Anm. 1), S. 31.

⁶⁸⁾ Vgl. A. Rollat, *La mise en œuvre du programme gouvernemental. Deux fronts de „résistance“*, in: *Le Monde* vom 5. 9. 1981.

⁶⁹⁾ Vgl. A. Rollat, a. a. O. (Anm. 68).

⁷⁰⁾ Vgl. Verfassung von 1958, Artikel 2.

⁷¹⁾ Vgl. Verfassung von 1958, Artikel 72.

teilung könnte vermehrt dazu führen, daß ähnlich wie in föderalistischen Ländern auf der nationalen Ebene und den Subebenen unterschiedliche Parteien bzw. Koalitionen regieren.

Nach den letzten Kantonalwahlen in Frankreich deutet sich an, daß die Verlagerung zentralstaatlicher Macht an die Gebietskörperschaften den Oppositionsparteien zugute kommt. Sie könnten nach ihren Wahlerfolgen

IV. Fazit

Trotz Wandel ist die „changement“-Politik des sozialistischen Staatspräsidenten François Mitterrand wesentlich durch Kontinuität bestimmt. Wandel wird vor allem in der Dezentralisierungs- und Regionalisierungspolitik erkennbar. Hier soll ein neues dezentralisiertes Einheitssystem geschaffen werden, dessen erste Konturen in diesem Jahr Gesetze wurden. Hier scheint Mitterrand auch noch achtzehn Monate nach seinem Wahlsieg zu einer konsequenten Durchsetzung seiner Ziele entschlossen zu sein. Durch Wandel sind aber auch einige Bereiche der Wirtschaftspolitik der Sozialisten gekennzeichnet. Hier stellen vor allem die Verstaatlichungen eine qualitative Änderung der Wirtschaftsstruktur dar. Zwar gehen Nationalisierungen auch auf gaulistische Traditionen zurück. Aber das Ausmaß der jetzt geplanten sozialistischen Verstaatlichungen schlägt in eine neue Qualität um.

Die Wiederbelebung der Planifikation bedeutet dagegen eher Kontinuität als Wandel. Denn die Nachkriegstradition der Planifikation — unter Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing praktisch nur unterbrochen — wird von den Sozialisten jetzt lediglich wieder aufgenommen. Am wenigsten berührt ist die Raumordnungspolitik. Als nationale Politik wird sie im „rationalisierten Parlamentarismus“ der V. Republik nach wie vor allein von der Regierung definiert. Daran werden auch Dezentralisation und Regionalisierung nichts Grundlegendes ändern. Denn der Wandel in der Dezentralisierungs- und Regionalisierungspolitik findet — wie die Wirtschaftspolitik — im Rahmen der Planifikation statt.

in zahlreichen Kantonen nun von den erweiterten Kompetenzen der Gebietskörperschaften profitieren⁷²⁾, wobei ihnen jetzt bereits zunehmend ehemalige Präfekten zur Seite stehen, die wegen des neuen sozialistischen Kurses aus ihrem Präfektenberuf ausgeschieden und beurlaubt sind und nun ihr Wissen den Gebietskörperschaften ihrer politischen Couleur zur Verfügung stellen, wodurch eine Art oppositioneller Parallelverwaltung entsteht⁷³⁾.

So ist der Plan Angelpunkt der sozialistischen Politik Frankreichs. Gebietskörperschaften und nationalisierte Unternehmen sollen sich an den in ihm festgelegten Zielen orientieren.

Vielfalt wird vom Staat also nur im Rahmen des im Plan definierten nationalen Gesamtinteresses gewährt, was diese Vielfalt in einem heute noch nicht absehbaren Maße relativieren dürfte: Dem Gesamtinteresse sind alle Politikbereiche unterstellt. Ihm dient auch die Europapolitik, die nach wie vor von Frankreichs nationalen Interessen dominiert wird. Unter den Sozialisten ist dies innen- wie außenpolitisch in naher Zukunft die Lösung des Arbeitslosenproblems und eine Konjunkturanhebung.

In den genannten Politikbereichen decken sich die Vorstellungen Mitterrands in einigen wichtigen Punkten mit denen de Gaulles. So ist Mitterrand — ebenso wie es de Gaulle war — für Regionalisierung und Verstaatlichung wenn auch de Gaulle bei der Verstaatlichung engere Grenzen zog. Wie seinerzeit de Gaulle strebt Mitterrand heute die Verbesserung und die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit Frankreichs an, die durch die Aktivierung wirtschaftlicher Ressourcen mit Hilfe von Nationalisierung, Planifikation und Regionalisierung erreicht werden soll. In der Außenpolitik stehen immer noch die französischen Interessen im Vordergrund, die Mitterrand jetzt ebenso wie damals de Gaulle in seiner „do-

⁷²⁾ Vgl. *Le Monde* vom 24. 3. 1982.

⁷³⁾ Vgl. A. Passeron, *Vers un „corps préfectorale parallèle“*, in: *Le Monde* vom 7. 10. 1982.

maine réservé" fast allein bestimmt, was insbesondere für die EG-Politik gilt. Nicht ohne Grund wird der sozialistische François Mitterrand zunehmend mit Charles de Gaulle verglichen⁷⁴⁾. Die Ähnlichkeiten zwischen beiden sind im Schlüsselbegriff von der „grande nation" zu finden.

Wie einst de Gaulle so will heute Mitterrand die „grande nation" Frankreich glaubhaft nach

⁷⁴⁾ Vgl.: Mitterrand auf de Gaulles Spuren, in: Süd-deutsche Zeitung vom 16. 7. 1981.

außen vertreten, die dafür im Innern stark sein muß. Sogar die dabei eingesetzten Instrumente der Innen- und Außenpolitik ähneln sich. Dem Ziel, daß Frankreich in der Welt eine wichtige Rolle der Unabhängigkeit spielt, bleibt die sozialistische Politik heute, wie die gaullistische damals, untergeordnet. So reicht der Wandel der Kontinuität die Hand: Die Kontinuität einer Politik nationaler Eigenständigkeit als Voraussetzung für einen Wandel durch sozialistische Reformen im Umfeld mehrheitlich nicht sozialistischer EG-Staaten.

Thesen zum amerikanischen Konservatismus

Für die Vereinigten Staaten von Amerika gilt wie auch für andere politische Systeme: „Konservativ“ ist ein Schlagwort, ein Allerweltsbegriff, der — häufig polemisch gewendet — nichts und alles erfaßt. In der Formulierung von Clinton Rossiter: „Konservatismus ist ein Wort, dessen Nützlichkeit nur mit seiner Fähigkeit zu verwirren, zu verzerren und zu irritieren gleichzusetzen ist.“¹⁾ Gleichwohl gibt

es politische Positionen, Organisationen, Bewegungen, historische Entwicklungen, zu deren Charakterisierung wir ohne den Begriff „konservativ“ nicht auskommen. In den folgenden Thesen wird deshalb versucht, die Besonderheiten des amerikanischen Konservatismus herauszustellen; es wird bewußt zugespitzt, um Unterschiede zu Europa zu verdeutlichen.

I. Was heißt in den Vereinigten Staaten „konservativ“? Versuch einer Beschreibung und Definition

Gibt es überhaupt einen amerikanischen Konservatismus? Diese Frage scheint mit Recht gestellt, weil — zumindest im Selbstverständnis der USA — die amerikanische Tradition revolutionär ist, die Gründung des Bundesstaates als revolutionärer Akt begriffen wird und das Bekenntnis zur Demokratie zu den Bestandteilen des amerikanischen Konsens und Traumes gehört, auch von jenen akzeptiert, die sich selbst als Konservative verstehen. Anders als in Europa steht nicht die Auseinandersetzung mit der französischen Revolution am Beginn des Konservatismus, wohl aber (und hier durchaus analog Edmund Burkes Kritik am revolutionären Frankreich) das Entsetzen über das Künstliche, Konstruierte, Ungeschichtliche des Sozialstaates und der Bundesbürokratie. Es läßt sich zwar eine amerikanische konservative Tradition für das 19. Jahrhundert nachweisen, die auf Alexander Hamilton und John Adams gründet. Doch beginnt die Geschichte des modernen Konservatismus erst nach 1945, nämlich als Kritik am Sozialstaat des New Deal; sie erhielt mit der Kritik an Johnsons Great Society und Nixons imperialer Präsidentschaft eine Massenbasis, die 1980 das Fundament für die erfolg-

reiche Wählerkoalition Ronald Reagans abgab.

Damit sind wir schon beim Kern dessen, was den amerikanischen Konservatismus innen- und gesellschaftspolitisch ausmacht, was seine verschiedenen Spielarten verbindet und ihn von der anderen politischen Hauptströmung nach dem Zweiten Weltkrieg, vom Liberalismus, unterscheidet: „Konservativ“ bezeichnet die prinzipielle Opposition gegen die Eingriffe des Bundes, des Zentralstaates, in Wirtschaft und Gesellschaft; betont werden das (angeblich) freie Spiel der Kräfte auf dem Markt und die Bedeutung der Einzelstaaten, Kommunen, privater Organisationen und Verbände, an ihrer Spitze die Kirchen. Die Sorge, das idyllisch-unverdorbene Amerika, das Land des westlichen Pioniergeistes und der individuellen Freiheit, könne endgültig im Museum der Geschichte verlorengehen, schwingt mit. Kurz, der amerikanische Konservatismus ist von prinzipieller Skepsis gegenüber zentralstaatlicher Intervention geprägt. Amerikanische Liberale dagegen befürworten grundsätzlich den Wohlfahrtsstaat. Im Unterschied dazu setzen amerikanische Konservative gerade auf den starken Staat, der auf allen Kontinenten und Weltmeeren und mit allen Mitteln gegen die allgegenwärtige Bedrohung durch den „Weltkommunismus“, ferngesteuert aus dem Moskauer Kreml, einzugreifen habe. Amerika-

¹⁾ Clinton Rossiter, Conservatism, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, Bd. 3, New York 1968, S. 290.

nische Liberale dagegen zweifeln spätestens seit Vietnam an einer solchen Pax Americana, sie befürworten größere amerikanische Zurückhaltung im internationalen System.

Chronologisch und systematisch können zwei Hauptströmungen des Nachkriegskonservatismus unterschieden werden: ein älterer und ein jüngerer Konservatismus. Der jüngere Konservatismus ist zwischen den beiden Polen des Neokonservatismus und der Neuen Rechten angelagert; auf sie wird in der zweiten und dritten These eingegangen. Während der ältere Konservatismus im wesentlichen ökonomisch orientiert war und Züge des europäisch-nachwächterstaatlichen Liberalismus des 19. Jahrhunderts trug, ist der jüngere Konservatismus dem Sozialstaat gegenüber aufgeschlossener, erhält seine Antriebskraft aus einem als Bedrohung empfundenen Wertewandel, beklagt den Verlust an Autorität und traditionellen Umgangsformen in Familie, Schule, Kirche, Gemeinde, betont sogenannte social issues.

Obwohl die Beobachtung (auch trotz des Zustroms vieler Intellektueller) richtig ist, daß der amerikanische Konservatismus weniger theoretisch als der Liberalismus sei, daß er vielmehr pragmatisch, ja (z. B. in seinen Wahlkampftechniken seit Mitte der siebziger Jahre) praktizistisch ist, lassen sich vielfältig differierende gesellschaftspolitische Konzeptionen innerhalb beider Hauptströmungen unterscheiden²⁾. So umfaßte der ältere Konservatismus sowohl den von seinen Kritikern im eigenen Lager als zu liberal denunzierten Kosmopolitismus eines Nelson Rockefeller, bestimmt von den Interessen der Großkorpora-

tionen und der Wall Street, staatlich-regulierenden Eingriff in die Ökonomie bedingt zulassend, als auch den libertären Konservatismus eines Barry Goldwater, der in seinen individualistisch-anarchischen Zügen Berührungspunkte mit der Neuen Linken der sechziger Jahre hatte³⁾. Die programmatische Vielfalt des älteren Konservatismus liegt nicht zuletzt in seiner sozialen Heterogenität begründet: Er ist großbürgerlich und kleinbürgerlich, umfaßt Wall Street und Main Street, Finanzmakler und Farmer, städtische Ostküste und agrarischen Mittelwesten. Der jüngere Konservatismus hingegen ist deutlicher kleinbürgerlich, trägt Züge des (sozialen) Aufstiegs — und zwar des einzelnen und seiner Schicht, des jüdischen Intellektuellen, des Technikers, des Angestellten und Filmschauspielers; des Aufstiegs neuer Industrien, z. B. der elektronischen und petrochemischen Industrie; des regionalen Aufstiegs, nämlich des Neuen Südens und des ganzen Sunbelts. Soziale Träger des älteren wie des jüngeren Konservatismus sind insgesamt diejenigen, die auf den regulierenden Eingriff des Sozialstaates in Wirtschaft und Gesellschaft vergleichsweise wenig angewiesen und deswegen kaum daran interessiert sind. Beide Hauptströmungen des Konservatismus lassen sich idealtypisch, nicht real voneinander trennen. Der ältere ist im jüngeren Konservatismus aufbewahrt. Gleichwohl sprechen beide mit verschiedenen Akzenten.

Nicht zuletzt unterscheiden sie sich darin, auf welche Periode in der Geschichte des amerikanischen Sozialstaates sie reagieren. Der ältere Konservatismus ist eine Reaktion auf den New Deal und auf die Tatsache, daß auch nach 1945 und nach dem Koreakrieg und selbst unter einem konservativen Präsidenten wie Dwight D. Eisenhower die Strukturen des Sozialstaates, wie er sich seit den dreißiger Jahren entwickelt hatte, nicht zurückgenommen worden sind. Der jüngere Konservatismus in seinen beiden Spielarten, also der Neokonservatismus ebenso wie die Neue Rech-

²⁾ In der einschlägigen Sekundärliteratur zum amerikanischen Konservatismus, die in den letzten Jahren schnell an Umfang zugenommen hat, wird eine große Zahl verschiedener, in der Regel geistesgeschichtlich bestimmter Typen unterschieden. Beispielhaft hierfür Georg Nash, *Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservatismus — Amerikanische Sicht*, in: Hans Rühle und Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Der Neo-Konservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die Atlantische Allianz*, Melle 1982 (= Forschungsbericht 16 der Konrad-Adenauer-Stiftung); ders., *The Conservative Intellectual Movement in America Since 1945*, New York 1976; A. James Reichley, *Conservatives in an Age of Change. The Nixon and Ford Administrations*, Washington D. C. 1981. Einen allgemeinen historischen Überblick gibt Michael W. Miles, *The Odyssey of the American Right*, New York 1980.

³⁾ Typisch für diese Position ist der von einem neuen Linken und einem libertären Konservativen gemeinsam hrsg. Sammelband: Ronald Radosh und Murray N. Rothbard (Hrsg.), *A New History of Leviathan. Essays on the Rise of the American Corporate State*, New York 1972.

te, ist als Reaktion auf die tiefgreifenden und rapiden sozialen, ökonomischen, demographischen, innen- und außenpolitischen Veränderungen der sechziger und siebziger Jahre zu begreifen. Er stellt eine Reaktion dar auf die große Zahl sozialpolitischer und anderer Bundesprogramme der Great Society Johnsons; auf die Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre, die Emanzipationsbestrebungen der Frauen, der Schwarzen und anderer Minoritäten, der Homosexuellen; auf den Wertewandel, wie er sich am deutlichsten in der Jugend- und Gegenkultur Ende der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre abzeichnete; auf die demographischen Veränderungen zwischen Nord und Süd, die Umkehr der Wanderungsströme, die seit Mitte der siebziger Jahre von Nord nach Süd gehen; auf den Aufstieg des Sunbelts mit seinen regionalen Finanz- und Verwaltungszentren wie Atlanta, Dallas, Houston, Denver und Los Angeles, in seiner ökonomischen Expansion mit Japan vergleichbar; auf den Niedergang des Frostbelts, wirtschaftlich kränkelnd wie Großbritannien; auf die Strukturkrise in vielen Industrien des Nordostens, in einigen Massengüterindustrien und in der Montan-Industrie; auf die Weltwirtschaftskrise seit 1973/74, die Inflation, Arbeitslosigkeit und stagnierendes Wachstum zur gleichen Zeit brachte; auf die Watergate-Krise, in der zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte ein Präsident gezwungen worden ist,

sein Amt aufzugeben, und in der der Mythos von der amerikanischen Demokratie erschüttert schien; auf den Verlust der amerikanischen Hegemonie: Nicht nur mit der Sowjetunion, sondern auch mit Westeuropa, Japan und den OPEC-Staaten haben neue Akteure die internationale Bühne betreten, einige zudem als Konkurrenten auf dem Weltmarkt und — wie in der Automobilindustrie — auf dem amerikanischen Binnenmarkt. Der verlorene Vietnamkrieg, die sowjetische Besetzung Afghanistans und die Teheraner Geisellafäre sind als tiefe Demütigungen des amerikanischen Nationalstolzes erlitten worden. Im Vergleich zu den innen- und außenpolitischen Prosperitätsjahren der Eisenhower-Administration waren die sechziger und siebziger Jahre zwei Jahrzehnte hektischen Umbruchs. Der jüngere amerikanische Konservatismus ist nicht nur Ausdruck des unzulänglichen Verständnisses vom Ursprung der in dieser Zeit entstandenen Probleme⁴⁾, sondern er ist als Massenbewegung Zeichen dafür, daß die Vereinigten Staaten sich insgesamt an die veränderten Verhältnisse (noch) nicht angepaßt haben. Konservatismus ist nicht zuletzt auch Ausdruck einer Angst vor Veränderung und notwendiger Anpassung. Konkret und beispielhaft: Die Chance zum Sozialaufstieg dokumentierte zugleich die Möglichkeit sozialen Abstiegs — und brachte die Angst vor diesem hervor.

II. Die Neokonservativen

Die Neokonservativen bilden eine Gruppe und Richtung innerhalb des jüngeren Konservatismus⁵⁾. In der ironischen Selbstdefinition von Irving Kristol ist ein Neokonservativer „a liberal, who has been mugged by reali-

ty“⁶⁾. Tatsächlich gehören zu ihnen auffällig viele ehemalige Liberale und selbst Sozialisten der dreißiger Jahre. Sie gruppieren sich um zwei Zeitschriften, *Commentary*, herausgegeben vom American Jewish Committee, und *The Public Interest*.

⁴⁾ Vgl. hierzu Iring Fetscher, Widersprüche im Neokonservatismus, in: Merkur, Heft 2/1980, S. 107.

⁵⁾ Die erste zusammenfassende Darstellung des amerikanischen Neokonservatismus hat vorgelegt Peter Steinfels, *The Neoconservatives. The Men who are Changing America's Politics*, New York 1979. Ein Selbstporträt des Neokonservatismus skizzierten Irving Kristol und Norman Podhoretz, *Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservatismus*, in: Rühle/Veen (Hrsg.), *Der Neo-Konservatismus ...*, a. a. O., S. 66—85.

Nicht zu Unrecht sind sie als Intellektuellenpartei bezeichnet worden: Zu ihren prominenten Professoren zählen Daniel Bell, Nathan Glazer, Irving Kristol, James Q. Wilson, Edward Banfield, Seymour Martin Lipset und Austin Ranney, die an Eliteuniversitäten wie

⁶⁾ Zitiert nach Walter Goodman, Irving Kristol, Patron Saint of the New Right, in: *New York Times Magazine* vom 6. 12. 1981, S. 90.

Harvard, MIT, Chicago, Berkeley und Stanford lehren. Doch anders als deutsche Intellektuelle leben sie nicht im (selbstgewählten) Getto, sondern haben Zugang zu den Medien, vor allem aber zu Politikern — sie sind zuweilen selbst Politiker wie Daniel P. Moynihan, Jeane Kirkpatrick, Zbigniew K. Brzezinski. Ihre Verbindung zu den Gewerkschaften ist gut, läuft u. a. über die Social Democrats USA direkt in das Hauptquartier der AFL-CIO. Gleiches gilt für Großunternehmen und Unternehmensverbände: Kristol schreibt regelmäßig im Wall-Street Journal; das American Enterprise Institute gilt als Denkfabrik des Neokonservatismus.

Im Vergleich zum älteren Konservatismus und zu den ökonomischen Libertären wie Hayek und Friedman stehen die Neokonservativen konzeptionell dem Sozialstaat weniger ablehnend gegenüber. Sie spenden dem Kapitalismus nur ein zweifaches, kein dreifaches Hurrah⁷⁾. Sie bejahen prinzipiell Sozial- und Arbeitslosenversicherung; Kristol befürwortet sogar die (bis heute in USA nicht bestehende) nationale Krankenversicherung. Allerdings bestehen sie darauf, den Sozialstaat von Überforderungen zu entlasten, unter denen er leide und die seine Autorität letztlich unterminieren. Regulierende Marktmechanismen sollten statt dessen installiert werden. Von Staats wegen solle bestenfalls die Gleichheit der Chancen hergestellt, nicht aber ihre Realisierung paternalistisch durchgesetzt werden, wie dies die naiv-gutgläubig-moralisierenden Liberalen versucht hätten, sonst werde die Freiheit der Gleichmacherei geopfert⁸⁾. Neokonservative zelebrieren die überkommenen Werte und Institutionen, Religion, Familie, westliche Hochkultur. Massengesellschaft

⁷⁾ Vgl. Nash, Wurzeln, a. a. O., S. 50, paraphrasiert nach dem Buch von Irving Kristol, *Two Cheers for Capitalism*, New York 1978.

⁸⁾ So treten Neokonservative zwar für Chancengleichheit ein, nicht aber für Quota zugunsten von Minoritäten z. B. bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst oder bei der Zulassung zu Studiengängen. Vgl. Norman Podhoretz, *The Neo-Conservative Anguish Over Reagan's Foreign Policy*, in: *New York Times Magazine* vom 2. 5. 1982, S. 32 (nachgedruckt in: *Der Monat*, Nr. 284, Juli/August/September 1982, S. 7).

und Massenkultur werden ebenso wie jene Gegen- oder Subkultur abgelehnt, die aus der Studentenbewegung der sechziger Jahre hervorgegangen ist.

Vieles spricht dafür, daß auf den amerikanischen Neokonservatismus jene These Irving Fetters zugreift, dieser sei — im Gewande der Anti-Ideologie, der Ideologie vom Ende der Ideologie — die Ideologie des neuen Mittelstandes und verängstigter Teile der Intelligenz⁹⁾. Neokonservative kommen zumeist aus kleinen, proletarischen Verhältnissen, nicht selten aus jüdischen Familien der Ostküste — Kristol etwa ist der Sohn eines New Yorker Textilarbeiters. Mit Glück sowie enormer Anstrengung und Leistung sind sie sozial aufgestiegen. Sie fürchten um den eigenen sozialen Status, vor allem aber um den ihrer Kinder, wenn der Wohlfahrtsstaat durch eine strategisch gezielte Umverteilungspolitik die „natürlichen Barrieren“ sozialen Aufstiegs niederreißt.

Damit sind jene Abstiegsängste angesprochen¹⁰⁾, die bei Bevölkerungsgruppen zu vermuten sind, die in den dreißiger Jahren politisch zur New Deal Koalition Franklin D. Roosevelts gehörten, jüdische Intellektuelle, aus Süd- und Osteuropa eingewanderte katholische Facharbeiter, Angestellte in Dienstleistungsindustrien und im öffentlichen Dienst. Sie sind inzwischen sozial aufgestiegen und hätten heute vom umverteilenden sozialstaatlichen Eingriff Nachteile zu erwarten, und genau hier mag die politische Bedeutung der Neokonservativen liegen: Sie vermögen eben diese Abstiegsängste anzusprechen und eine entsprechende Politik zu legitimieren; sie treffen das, was an der Oberfläche als konservative Tendenz(wende) erscheint. Es ist nicht die intellektuelle Brillanz ihrer Gedanken, die in *Commentary*, *The Public Interest* und den Veröffentlichungen des American Enterprise Institutes und der Hoover Institution angeboten werden, die sich durchsetzt. Vielmehr treffen ihre Überlegungen eine soziale Realität und werden deswegen goutiert.

⁹⁾ Fetters, *Widersprüche . . .*, a. a. O., S. 115.

¹⁰⁾ Hierzu am Beispiel der Öffnung oder Abschließung des Schulsystems für Minoritäten; ebd.

Die Neue Rechte unterscheidet sich wesentlich von den Neokonserverativen¹¹⁾: Bei ihr handelt es sich nicht um einen sanften Konservatismus, sondern um einen aggressiv-militanten, Liberale und Moderate abschreckenden, der von der Mentalität „Gefangene werden nicht gemacht“ geprägt ist¹²⁾ — nicht Intellektuellenpartei, sondern Partei der Techniker der Macht. Es hat in der Vergangenheit unter der Neuen Rechten Überlegungen gegeben, nicht unter dem Etikett der Republikaner oder der konservativen Demokraten zu agieren, sondern eine eigene Partei zu gründen. Diese Spekulationen sind latent und könnten um so mehr an Attraktivität gewinnen, je größer die Enttäuschung über Präsident Reagan ist.

„Organisation“ lautet die Zauberformel der Neuen Rechten. Analysiert man das Organisationsnetzwerk der Neuen Rechten, so wird ein hoher Grad an Arbeitsteilung, Differenzierung, Spezialisierung und Komplexität erkennbar. Hierzu gehören u. a. die Direct Mail Company Richard Vigueries, die sich auf das Eintreiben von Wahlspenden spezialisiert hat und über mehrere Millionen Adressen potentieller Geldgeber für konservative Kandidaten und Zwecke verfügt; das von Paul Weyerich geleitete Committee for the Survival of a Free Congress mit seinen Nebenorganisationen, von denen Wahlkampfmanager geschult, Kandidaten rekrutiert und ausgebildet werden und in denen die parlamentarische Strategie von Senatoren und Kongreßabgeordneten zur Durchsetzung konservativer Ziele diskutiert und abgestimmt wird; das National Conservative Political Action Committee NCPAC unter John T. (Terry) Dolan, das sich auf Fernsehwerbung gegen liberale Politiker konzentriert hat; die Heritage Foundation, das Forschungsinstitut der Neuen Rechten.

Betrachtet man die Gesamtheit der Organisationen auf der Neuen Rechten, so übernehmen diese Aufgaben, die in westeuropäischen parlamentarischen Regierungssystemen überwiegend oder ausschließlich von Parteien wahrgenommen werden. In ihnen sind häufig junge, hochintelligente, eiskalte Politmanager tätig, die nicht nur wissen, wie man organisiert, mobilisiert, manipuliert und Wahlkämpfe führt, sondern die dabei die neuen Technologien einsetzen. Befragt, worin sie den Unterschied zum älteren Konservatismus sehen, ist die Antwort typisch: „We are smarter. We know how to work the computer.“¹³⁾

Für einen Mann wie Weyerich bezeichnet der Begriff „Neue Rechte“ mehr eine politische Technologie als eine programmatische Konzeption¹⁴⁾. Tatsächlich unterscheidet sich die Neue Rechte im Konzeptionellen von den Neokonserverativen nur geringfügig, setzt einige Akzente nur etwas schärfer. Gemeinsam mit den Neokonserverativen und im Unterschied zum älteren Konservatismus sind die Neuen Rechten prinzipiell positiv gegenüber sozialstaatlichen Programmen eingestellt. Was die Neue Rechte heraushebt und zu einem eigenständigen Typus des jüngeren Konservatismus macht, ist die Tatsache, daß sie mit Ressentiments aufgeladen ist, daß sie paranoide Züge trägt und diese politisch instrumentalisiert, kurz: daß sie antiaufklärerisch agiert und mobilisiert¹⁵⁾. Die Neue Rechte popularisiert zum Teile jene Gedanken, Argumente, aber auch Ängste, die von den Neokonserverativen formuliert werden. Trotz aller Akzentunterschiede stellt die Neue Rechte auch einen Transmissionsriemen für die Neokonserverativen dar.

Die Neue Rechte polemisiert gegen das Establishment der Ostküste, gegen Wall Street, Großkonzerne und Banken, gegen allmächtige

¹¹⁾ Zur Neuen Rechten vgl. Alan Crawford, *Thunder on the Right. The „New Right“ and the Politics of Resentment*, New York 1980; Milton Ellerin und Alisa H. Kesten, *The New Right: What Is It?*, in: *Social Policy*, März/April 1981; *The New Right: A Special Report*, in: *Conservative Digest*, Juni 1979; Allen Hunter, *In The Wings. New Right Ideology and Organization*, in: *Radical America*, Nr. 1/2, Frühjahr 1981.

¹²⁾ Zur Aggressivität der Neuen Rechten: David Nyhan, *The Conservative Crusade*, in: *Boston Globe Magazine* vom 3. 5. 1981.

¹³⁾ Zu den Organisationen der Neuen Rechten vgl. Peter Lösche, *Die amerikanischen Präsidentenwahlen 1980. Eine Analyse aus deutscher Sicht*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 12 (1981), S. 584 ff.

¹⁴⁾ Nyhan, *The Conservative Crusade*, a. a. O., S. 14.

¹⁵⁾ Zur Geschichte der Politik durch Ressentiments in den USA vgl. die immer noch aktuelle Essay-Sammlung von Richard Hofstadter, *The Paranoid Style in American Politics*, Chikago 1952.

Gewerkschaften, gegen die Eliteuniversitäten des dekadenten Bürgertums und ihre großen Stiftungen, gegen die liberalen Medienkonzerne, gegen den Leviathan in Washington. Big Business — Big Labor — Big Government haben sich, so wird suggeriert, gegen die amerikanischen Tugenden verschworen, sie sind — wenn nicht sowieso von Moskau unterwandert — Agenten auf dem kalten Weg zum Sozialismus. Innen- und außenpolitischer Antikommunismus sowie Philosemitismus fügen sich in dieses Netzwerk von Vorurteilen. Geschichte wird zur Weltverschwörung. Hier liegt das gemeinsame Fundament mit Teilen des protestantischen Fundamentalismus, mit der Moral Majority des Jerry Falwell und mit der elektronischen (Fernseh)Kirche.

Im Wahlkampf werden Themen angesprochen, die als „social issues“ bezeichnet werden: Gegen Kriminalität in den Straßen der Großstädte, gegen Busing, gegen Pornographie und Homosexualität, gegen die Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung, gegen die Evolutionstheorie und für die Schöpfungslehre, für das Schulgebet, für die Werte der traditionellen Familie. Beispielhaft für das explosive Vorurteilsgemisch, das die Neue Rechte zusammenzubrauen vermag, war ein Fernsehspot von Christan Voice, einer fundamentalistisch-protestantischen Wahlorganisation, im Präsidentschaftswahlkampf 1980: Eine junge Mutter sitzt in einem Gartenstuhl vor ihrem Haus und sagt in die Kamera: „As a Christian mother, I want my children to be able to pray in school. I don't want them being taught that abortion and homosexuality are perfectly alright. I was very sorry to learn that President Carter disagrees with me on all these issues. Because of this, I'm duty bound as a Christian and a mother to vote for Ronald Reagan, a man that will protect my family's values.“¹⁶⁾

Durch diese Art der Mobilisierung von Vorurteilen gewann die Neue Rechte Wahlerfolge unter arbeitslosen Arbeitern in den krisengeschüttelten Industriezentren des Nordostens und mittleren Westens und unter armen Weißen im Süden, die sich in die Zange genommen sehen zwischen Schwarzen und den aus dem Norden zuwandernden weißen Techni-

kern und Angestellten. Die gefühlsgeladenen Fragen, die das Gemüt des Kleinbürgers auf der Straße erregen, dienen der Neuen Rechten als politischer Katalysator. In der Formulierung von Richard Vigurie: „It was the social issues that got us this far, and that's what will take us into the future. We never really won until we began stressing issues like busing, abortion, school prayer and gun control. We talked about the sanctity of free enterprise, about the Communist onslaught until we were blue in the face. But we didn't start winning majorities in elections until we got down to gut level issues.“¹⁷⁾

Es war aber auch an dieser Stelle, daß der libertäre Altkonservative Barry Goldwater mit der Neuen Rechten scharf ins Gericht ging und sich verbat, von ihr vorgeschrieben zu bekommen, was moralisch und unmoralisch sei, was er in seinem Privatleben zu tun und zu lassen habe¹⁸⁾.

Die Neue Rechte instrumentalisiert die Ängste der Deklassierten und von Deklassierung Bedrohten, sie hebt ab auf die „silent majority“. Sie versucht, Menschen ungeachtet ihrer Klassen-, Schichten- und Parteizugehörigkeit auf der bloßen Grundlage sozialer und moralischer (und damit in den USA auch pseudoreligiöser) Fragen zusammenzuschließen¹⁹⁾. Sie fügt sich in die Geschichte des rechten Populismus in den Vereinigten Staaten ein. Es wäre voreilig, zeugte vom Unverständnis amerikanischer Gesellschaft und Politik, die typisch europäische Frage, ob dies bereits Faschismus sei, positiv zu beantworten: Nicht zuletzt die Segmentierung, Fragmentierung, Dezentralisation der amerikanischen Gesellschaft und ihres politischen Systems, die im übrigen die konservativen Grundtendenzen befördern, stehen dieser Entwicklung entgegen²⁰⁾.

¹⁷⁾ Zitiert nach Mike Davis, *The New Right's Road to Power*, in: *New Left Review* 128 (Juli/August 1981), S. 39.

¹⁸⁾ Goldwater hat die Neue Rechte und insbesondere ihre religiösen Gruppen wie Moral Majority attackiert, weil sie Bettschnüffelei betrieben, Fragen von Schwangerschaftsunterbrechung und Busing nicht den einzelnen überlasse; vgl. *New York Times* vom 16. 9. 1981, S. A 1 und B 9; *Human Events* vom 20. 2. 1982, S. 5, und *Human Events* vom 3. 10. 1981, S. 15.

¹⁹⁾ Vgl. Chantal Mouffe, *Die Demokratie und die Neue Rechte*, in: *Prokla* 44 (1981), S. 51.

²⁰⁾ Hier ist nicht die Stelle, systematisch der Frage nachzugehen, warum in Deutschland und den Ver-

¹⁶⁾ Zitiert nach Lösche, *Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1980*, a. a. O., S. 585.

IV. Hunderttausend Inseln der Gleichheit und Glückseligkeit — eine der Grundlage des amerikanischen Konservativismus

In dieser These wende ich mich einer der Grundtatsachen amerikanischer Gesellschaft zu, die von Europäern oft übersehen wird, die aber nicht nur das Fehlen von Faschismus und Sozialismus als politischer Massenbewegungen in Amerika verständlich zu machen vermag, sondern die auch die — latent zumindest immer vorhandene — konservative Grundströmung mit erklärt: Die Besonderheit amerikanischer Gesellschaft, Kultur und Politik macht ihre segmentierte Qualität aus. In der amerikanischen Gesellschaft gibt es Hunderttausende kleiner Nachbarschaften, communities, Inseln; auf ihnen wohnen Nachbarn, die die gleiche ethnische oder rassische Herkunft haben, die zur gleichen Einkommensgruppe zählen und über das gleiche Sozialprestige verfügen, die in die gleiche Kirche gehen, die gleiche Schulbildung haben, deren Kinder die gleiche Schule besuchen, die zudem von den Eltern selbst verwaltet wird, die in vergleichbaren Einfamilienhäusern oder Wohnungen leben und denen in Notfällen von der gleichen Kirchengemeinde oder einer anderen freiwilligen, privaten Selbsthilfevereinigung geholfen wird — Inseln der Gleichheit und Glückseligkeit, auf denen der Traum vom unverdorbenen Amerika geträumt werden kann²¹⁾. Konservative Politik und konservative Ideologie finden hier ihren realgesellschaftlichen Ausgangs- und Bezugspunkt. Die Angehörigen der

einigen Staaten die Weltwirtschaftskrise je unterschiedlich beantwortet wurde, nämlich im Nationalsozialismus bzw. im New Deal. Neben den gerade genannten Punkten wären folgende Faktoren in eine vergleichende Analyse einzubeziehen: die je verschiedene Industrialisierungsgeschichte; die je divergierende Rolle des Staates, insbesondere in der Phase der Früh- und Hochindustrialisierung; das Durchschlagen vorbürgerlich-feudal-agrarischer Momente in Deutschland; das Fehlen einer starken sozialistischen, sozialdemokratischen oder kommunistischen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.

²¹⁾ Diese Argumentation findet sich — wenn auch überzogen und nicht differenzierend auf soziale Schichtung bezogen — bei Wolf Wagner, USA — ein Land aus Inseln der Gleichheit und Happiness. Ein Erklärungsversuch zur Langlebigkeit der amerikanischen Alltagsideologie, in: Leviathan, Heft 1 (1977), S. 100 ff. Die konservative Grundtendenz der Vereinigten Staaten betonen Peter H. Merkl und Dieter Raabe, Politische Soziologie der USA. Die konservative Demokratie, Wiesbaden 1977, S. 2 f.

Mittel- und Oberschichten, zu denen auch die Facharbeiter zählen, erleben in ihrem Alltag die Gesellschaft nicht als komplexes, arbeitsteiliges und differenziertes Gebilde mit immer wieder aufbrechenden Konflikten. Vielmehr mag es selbst im Elendsquartier noch ein nach außen abgeschottetes System intensiver Kommunikationszusammenhänge der Armen geben. Zusammengenommen erfassen und widerspiegeln die Nachbarschaftsinseln Ungleichheit, Widersprüche, soziale und politische Konflikte, einzeln genommen ist jede Insel jedoch homogen; soziale und politische Konflikte werden nur vermittelt — und sei es durch das Fernsehen — erfahren, sie machen nicht unbedingt und nicht unmittelbar betroffen. Eingrenzung nach innen zur community bedeutet aber immer auch Ausgrenzung: Auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt ist daher nicht zufällig in den Vereinigten Staaten Marcuses Randgruppenstrategie entwickelt worden.

Die große Masse der Bevölkerung aber erlebt auf ihren Nachbarschaftsinseln Gleichheit und Freiheit relativ widerspruchsfrei — wie in einer heilen Miniaturwelt. Auf jenen Inseln der Happiness, die von Angehörigen der Mittel- und Oberschichten bewohnt werden, mußte jeder Eingriff von außen, von Staats wegen, erst recht von Bundesstaats wegen, mußten Einkommensteuer und Busing, Quoten für Minoritäten und subventionierter Wohnungsbau als Einschränkung der relativen kommunitären Autonomie, ja, als Bedrohung der Glückseligkeit empfunden werden. Gleiches gilt, wenn unkonventionelles Verhalten und umgewertete Normen als Abgesandte des fernen Kontinents „Gegenkultur“ bedrohlich vor den Ufern dieser Inseln aufkreuzen. Aus der Kirchturmperspektive der Gemeinde erklärt sich die Hochschätzung des Föderalismus, die Betonung der Rechte der Einzelstaaten, das Festklammern am Regionalismus. Nicht zufällig — und dann auch noch beschränkt auf bestimmte Perioden amerikanischer Geschichte — können nur das Präsidentenamt oder der Supreme Court als nationale politische Institutionen angesehen werden, während Repräsentantenhaus und — weniger drastisch — der Senat

häufig nur als Ensemble von Kirchturmpolitikern erschienen sind. Nationale Parteien im europäischen Verständnis existieren überhaupt nicht. Übrigens ist es auch kein Zufall, daß es in den Vereinigten Staaten den europäischen integralen Nationalismus nie gegeben hat.

Segmentierung ist nicht auf die Nachbarschaften beschränkt, sie findet sich auch in der Arbeitswelt: Die amerikanischen Gewerkschaften sind im Vergleich zu ihren deutschen Schwesterorganisationen dezentralisiert, sie betreiben eine betriebsnahe Tarifpolitik (1980 waren fast zweihunderttausend Tarifverträge in Kraft), sie schaffen sich u. a. durch vielfältige tarifliche Sozialleistungen und ein auf den einzelnen Betrieb bezogenes Arbeitsrecht ihre eigene Syndikatswelt.

V. Zum Konservativismus der Reagan-Administration

Im ersten Jahr der Reagan-Administration sind die Widersprüche zwischen konservativem Anspruch und gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Wirklichkeit sowie die Widersprüche im amerikanischen Konservativismus selbst offenkundig geworden. Vier Komponenten sollten nach den Wahlkampfaussagen Reagans seine Politik als Präsident ausmachen²²⁾: substantielle Steuerkürzungen, Verringerung der Bundesausgaben, Zurücknahme staatlicher Regulierung der Wirtschaft, militärische Stärkung gegenüber der Sowjetunion. Einige Kernbereiche der Reaganschen Politik sind heute zumindest in Frage gestellt²³⁾. Dies trifft nicht nur die sogenannten

²²⁾ Hierzu und zu einer ersten Kritik an der Innenpolitik Reagans aus neokonservativer Sicht James Q. Wilson, *The Dilemmas of Conservatism*, in: *The American Spectator*, vol. 15, no. 3 (März 1982), S. 14.

²³⁾ Podhoretz ist mit einer scharfen Kritik der Reaganschen Außenpolitik hervorgetreten: Diese sei gegenüber der sowjetischen Offensive im Persischen Golf und in der Karibik zu zurückhaltend; Saudiarabien werde auf Kosten Israels im Nahen Osten unterstützt, obwohl das dortige Regime innenpolitisch noch gefährdeter sei, als das des Schahs es im Iran gewesen wäre. Diese Auffassungen des Autors sind typisch für die Enttäuschung vieler Neokonservativer nach den ersten Erfahrungen mit der Reagan-Administration. Vgl. Podhoretz, *The Neo-Conservative Anguish* . . . , a. a. O., S. 33 f.

In der Außenpolitik ist die amerikanische Erfahrung vergleichbar der der Utopier des Thomas Morus; sie ist insular, auch wenn der Kontinent die Insel ist: Der letzte Krieg auf amerikanischem Boden war der 120 Jahre zurückliegende Bürgerkrieg.

Amerikanischer Konservativismus graswurzelt also auf den Trauminseln der Gleichheit, läuft immer über Lokalismus, Provinzialismus, Föderalismus, Regionalismus, Partikularismus, betont freiwillige Selbsthilfe, „Voluntarismus“, fordert — gleichsam anarchisch-basis-demokratisch — Entstaatlichung, erscheint über den Atlantik besehen dann auch naiv. Daß die Widersprüche zur Entwicklung und zu den Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft und Ökonomie massiv sind, zeigt die Reagan-Präsidentschaft nur zu deutlich.

Reagonomics mit ihren vielen Zielkonflikten, die der Budget-Direktor David Stockman zynisch und ungewollt der Öffentlichkeit geschildert hat²⁴⁾, sondern Widersprüche sind gerade in den zentralen Bereichen konservativer Ideologie und Politik aufgebrochen, in denen es um die Entstaatlichung geht:

1. Nach der Konzeption des Neuen Föderalismus (New Federalism) sollen 43 sozialpolitische Programme vom Bund an die Einzelstaaten abgegeben werden. Auch wenn der Bund zunächst einen Teil der Programmkosten mittragen würde, wären die finanziellen Belastungen für die Einzelstaaten so groß, daß sie gezwungen wären, ihre Steuern massiv zu erhöhen — z. B. New Hampshire um 20,5 Prozent, South Dakota um 18 Prozent, Washington D. C., Maine und Vermont um jeweils etwa 15 Prozent, New York um 10 Prozent²⁵⁾. Zur Verwaltung der Programme müßten die einzelstaatlichen Bürokratien, die in den letzten Jahrzehnten im Vergleich zur Bundesbürokratie sowieso erheblich schneller gewachsen sind, weiter ausgebaut werden. Statt Entstaatlichung also „Vereinzelstaatlichung“. An der

²⁴⁾ William Greider, *The Education of David Stockman*, in: *Atlantic Monthly*, Dezember 1981, S. 27 ff.

²⁵⁾ Vgl. *New York Times* vom 7. 2. 1982, S. E 19.

Steuerbelastung für den Bürger und an der Allgegenwart staatlicher Großbürokratien, beides Ziele konservativer Kritik, würde sich wenig ändern.

2. Neben dem Neuen Föderalismus gibt es, von der Administration weniger herausgestellt und in der Presse kaum beachtet, Ansätze zu einer Strategie des „Neuen Voluntarismus“: Danach soll z. B. die Wissenschaftsförderung — auch die der Sozial- und Geisteswissenschaften — zunehmend von privaten Stiftungen übernommen werden. Die entsprechenden Haushaltstitel des Bundes wurden bereits kräftig gekürzt. Vor allem aber sollen sozialstaatliche Aufgaben privatisiert, von Kirchen und anderen freien Wohlfahrtsvereinigungen (voluntary associations, gemeint sind also nicht nur die freien Wohlfahrtsverbände im deutschen Verständnis) übernommen werden. So hat Präsident Reagan vor Unternehmern angeregt, jede Kirchengemeinde in Amerika solle zehn Familien, die von Sozialunterstützung lebten, annehmen und sie unterhalten. Die Kirchengemeinden wären heillos überfordert, würden sie versuchen, diesen Vorschlag zu verwirklichen: Jede Gemeinde hätte mindestens einhunderttausend Dollar zusätzlicher Kirchenbeiträge einzutreiben²⁶⁾. Außerdem würde der tragende Pfeiler jener Nach-

barschaftsinseln, von denen in der 4. These die Rede war, bersten, die Inseln der Gleichheit und Glückseligkeit drohten im Ozean sozialer und politischer Konflikte zu versinken.

3. Die von Reagan dem Kongreß vorgeschlagene Erhöhung der Verteidigungsausgaben, angesichts sowjetischer militärischer Stärke mit „Let's make America first again“ begründet, dürfte innenpolitische Folgen haben, die konservativen Prinzipien widersprechen: a) Ein Ergebnis wäre bürokratisch-zentralistische Machtanhäufung, „Verstaatlichung“, die Ausweitung der Pentagon-Bürokratie und des military-industrial complex, vor dem bekanntlich Dwight D. Eisenhower bereits in seiner Abschiedsadresse als Präsident der Vereinigten Staaten gewarnt hatte. b) Eine weitere Folge bestände darin, daß die beschlossene weitere Senkung der Bundeseinkommensteuer sowie die sogenannte Indexierung der Einkommensteuer, nämlich ihre Abkoppelung von der Inflationsrate, verschoben oder ganz aufgehoben werden müßten: Im Kongreß werden entsprechende Vorschläge bereits diskutiert, um das Haushaltsdefizit in noch überschaubaren Grenzen zu halten und die sonst verheerenden wirtschaftlichen Folgen zu vermeiden. Der Preis, der für wesentlich erhöhte Verteidigungsausgaben zu zahlen ist, wäre für amerikanische Konservative hoch: Die Bundesbürokratie, Big Government in Washington, der Steuerstaat blieben mächtig und stark wie eh und je.

²⁶⁾ Paul Moore, Jr., Koch, Reagan, and the Poor, in: New York Times vom 31. 1. 1982, S. E 21.

Karlheinz Dürr: Die „Britische Krankheit“. Krisenphänomene und Lösungsstrategien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/82, S. 3—21

Die Krise der Wirtschaft Großbritanniens wird allzu häufig ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet. Der vorliegende Beitrag setzt sich deshalb zum Ziel, die Komplexität der Krisenphänomene, ihre historischen, gesellschaftlichen und systemimmanenten Ursachen und Hintergründe in ihrer Breitenwirkung zu beleuchten.

Die Überalterung der Strukturen schlägt sich in der Ineffizienz nieder, die für große Teile des Wirtschaftssystems zu konstatieren ist. Ebenso zeigt sie sich in der Dysfunktionalität des politischen Systems und der im sozialen Umfeld vorherrschenden Perspektivlosigkeit und Konflikthaftigkeit. An den Beispielen der Arbeitsbeziehungen wie auch des Regierungssystems wird diese Verkrustung sichtbar und rückt als zentraler Faktor der komplexen Krisenphänomene in den Vordergrund des Interesses.

Die erstarrten Strukturen mit ihren längst abgegrenzten Entscheidungs-, Einfluß- und Interessensphären lassen den Ad-hoc-Charakter der britischen Politik immer deutlicher zutage treten. Der Versuch der Krisenbewältigung der konservativen Regierung Thatcher ist demgegenüber zumindest dem Anspruch nach auf langfristigen Wandel angelegt; seine Problematik liegt jedoch vor allem im Experimentalcharakter einer bislang völlig unerprobten Politik, die das wirtschaftspolitische Instrumentarium auf monetäre Maßnahmen reduziert und die sozialen Folgekosten weitgehend ignoriert.

Im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrages steht deshalb die Wirtschafts-, Lohn- und Gewerkschaftspolitik der Regierung Thatcher, aber auch die enormen sozialen Probleme, denen Großbritannien gegenübersteht. Die im politischen System sichtbar werdenden Veränderungstendenzen relativieren jedoch den latenten Pessimismus der Analyse: Hier ist, was die Erstarrung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen betrifft, ein Prozeß der Bewußtwerdung in Gang gekommen, der Herausforderung und Chance zugleich bietet.

Dörte Rasch: „Changement“ — Kontinuität trotz Wandel im sozialistischen Frankreich

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/82, S. 23—35

Im Mai 1981 wurde der Sozialist François Mitterrand zum französischen Staatspräsidenten gewählt. Nach 23 Oppositionsjahren gelangte damit die Linke an die Regierungsmacht. Die im Parlament mit großer Mehrheit vertretenen Sozialisten und Kommunisten machten sich an die „changement“-Politik. In 18 Monaten wollten sie bedeutende Etappen ihres Reformprogramms verwirklichen: die Verstaatlichung wichtiger Banken und Industrieunternehmen, eine gerechtere Einkommensverteilung und die Stärkung regionaler Autonomie.

Heute zeigt diese Politik des Wandels ihre ersten Wirkungen. Bisher verwirklichte Reformen wie die Nationalisierung, die Verstärkung der Planifikation und die Dezentralisierung zeigen, daß Mitterrand versucht, sein Programm durchzuführen. In der Europapolitik wirbt er bei den EG-Partnern für die Unterstützung seiner Vorstellungen. Mußte der Sozialist von seiner ausgabenorientierten Wirtschaftspolitik bereits bedeutende Abstriche machen, so sind in den genannten Politikbereichen jedoch noch Spuren des Wandels zu finden. Dies gilt vor allem für die Dezentralisierungspolitik. Hier bahnen sich einschneidende Veränderungen im französischen zentralistischen Einheitsstaat an.

Ein Vergleich schon begonnener Reformen und geplanter Projekte der Sozialisten zeigt, daß sie nicht — wie es auf den ersten Blick scheinen mag — mit französischen Traditionen brechen. Teilweise nehmen sie alte Projekte — wie z. B. die Regionalisierungsideen von Charles de Gaulle — wieder auf und führen sie weiter. Auch Verstaatlichung, Dirigismus, Planifikation und eine EG-Politik unter dem Vorzeichen nationaler Interessen sind nicht Erfindungen der Sozialisten.

„Konservativ“ bezeichnet in den Vereinigten Staaten die prinzipielle Opposition gegen Eingriffe des Bundes, also des Zentralstaates, in Wirtschaft und Gesellschaft; betont werden das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt und die Bedeutung der Einzelstaaten, Kommunen, privater Organisationen und Verbände. Konservatismus ist aber auch Ausdruck einer Angst vor sozialen und politischen Veränderungen und daraus notwendig werdenden Anpassungen. Die in der amerikanischen Geschichte immer vorhandene konservative Grundströmung ist durch eine Besonderheit amerikanischer Gesellschaft, Kultur und Politik mit zu erklären, nämlich durch deren segmentierte Qualität. Nach dem Zweiten Weltkrieg können chronologisch und systematisch zwei Hauptströmungen im Konservatismus unterschieden werden: ein älterer und ein jüngerer Konservatismus. Der jüngere Konservatismus ist zwischen den beiden Polen des Neokonservatismus und der Neuen Rechten angelagert. Die Bedeutung der Neokonservativen, einer „Intellektuellenpartei“, liegt nicht so sehr in ihrer intellektuellen Brillanz, als vielmehr darin, daß Neokonservative in der Gesellschaft latente Abstiegsängste anzusprechen und eine entsprechende Politik zu legitimieren vermögen. Im Unterschied dazu ist die Neue Rechte auf Organisation fixiert: Mit Hilfe eines ausdifferenzierten und komplexen Organisationsnetzes wird versucht, Menschen ungeachtet ihrer Klassen-, Schichten- und Parteizugehörigkeit auf der bloßen Grundlage sozialer und moralischer Fragen zusammenzuschließen. Die Reagan-Administration gilt als konservativ: Im ersten Jahr ihrer Regierungszeit sind die Widersprüche zwischen konservativem Anspruch und gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Wirklichkeit und die Widersprüche im amerikanischen Konservatismus selbst offenkundig geworden.